



Kanton Zürich
Regierungsrat

Geschäftsbericht 2015 in Kürze



Inhaltsverzeichnis

Vorwort 3

Querschnittsaufgaben 4

Das Wahljahr	5
Wer beim Flughafen Zürich mitreden soll	6
Der Zürcher Verkehrsverbund in voller Fahrt	7
Der starke Franken fordert die Wirtschaft	7
Der Innovationspark Dübendorf nimmt weiter Form an	8
Stärkung des Bildungsplatzes Winterthur	9
Ab 2018/19 gilt der Lehrplan 21	9
Kulturlandschaft mit Strahlkraft	10
Menschen in suizidalen Krisen unterstützen	10
Gesunde Staatsfinanzen und konstant moderate Steuerbelastung	11
Mehr Mittel für den Breitensport	11
Anschub für das elektronische Patientendossier	12
Bewährte Bedrohungsanalysen	12
Auswirkungen des erreichten Sollbestands	13
Jugendgewalt tendenziell rückläufig	14
Siedlungsentwicklung nach innen	14
Geologisches Tiefenlager am sichersten Standort	15
Erweiterte digitale Angebote	15

Sachthemen 16

01 Direktion der Justiz und des Innern	17
02 Sicherheitsdirektion	18
03 Finanzdirektion	19
04 Volkswirtschaftsdirektion	20
05 Gesundheitsdirektion	21
06 Bildungsdirektion	22
07 Baudirektion	23
08 Staatskanzlei	24

Finanzen im Überblick 25

Personal- und Lohnstatistik 30

Abstimmungsgeschäfte 2015 34



**Kanton Zürich
Regierungsrat**

Impressum

Herausgeber

Regierungsrat des Kantons Zürich

Redaktion

Roger Zedi,
Kommunikationsabteilung
des Regierungsrates

Auflage

800 Exemplare

ISSN-Nr.

2297-3699 (Print)
2297-3702 (Online)

Internet

www.rr.zh.ch

Vorwort

Im Einsatz für einen erfolgreichen Kanton

2015 sei ein Krisenjahr gewesen. Das haben wir immer wieder gehört und gelesen. Noch mehr: Es gab in diesem Jahr nicht nur eine Krise, sondern gleich mehrere. Eine hat die andere überschattet. Und keine ist wirklich schon ausgestanden.

Griechenland drohte aus der Eurozone auszuscheiden, die Ostukraine blieb unbefriedet, Syrien versank noch mehr im Krieg, Frankreich wurde zum Schauplatz von hinterhältigem Terror, Europa erlebte politische Zerreissproben wegen des Andrangs von Flüchtlingen, Schengen war dem Zusammenbruch nahe, und die Schweiz verlor wegen der Aufgabe des Euromindestkurses durch die Nationalbank ein lieb gewordenes Sicherheitsnetz.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass 2015 als schwieriges Jahr in die Geschichte eingehen wird. Dennoch dürfen wir nicht vergessen, dass uns dieses Jahr, gerade in der Schweiz und im Kanton Zürich, auch viel Gutes gebracht hat. Marktwirtschaftlich orientierte Länder mit stabilen Verhältnissen, guter Infrastruktur und international ausgerichteten Regionen wie Zürich und der Bodenseeraum haben sich trotz aller Krisen insgesamt gut behauptet und sogar als Magneten erwiesen. So hat der Kanton Zürich erneut an Bevölkerung zugelegt und sich als wirtschaftlicher Motor dieses Landes behauptet.

Das ist keine Selbstverständlichkeit und zeigt: Der Kanton Zürich und seine Gemeinden machen offensichtlich vieles richtig. So haben wir das Projekt Innovationspark in Dübendorf einen wichtigen Schritt weitergebracht, wir haben der kantonsübergreifenden Limmattalbahn grünes Licht gegeben, wir haben erste Schritte eingeleitet, um unsere finanzielle Stärke und unser AAA auch künftig behaupten zu können, und wir haben uns dank der vollständigen Inbetriebnahme des zweiten, vom Kanton massgeblich mitfinanzierten unterirdischen Durchgangsbahnhofes national und regional noch besser vernetzt.

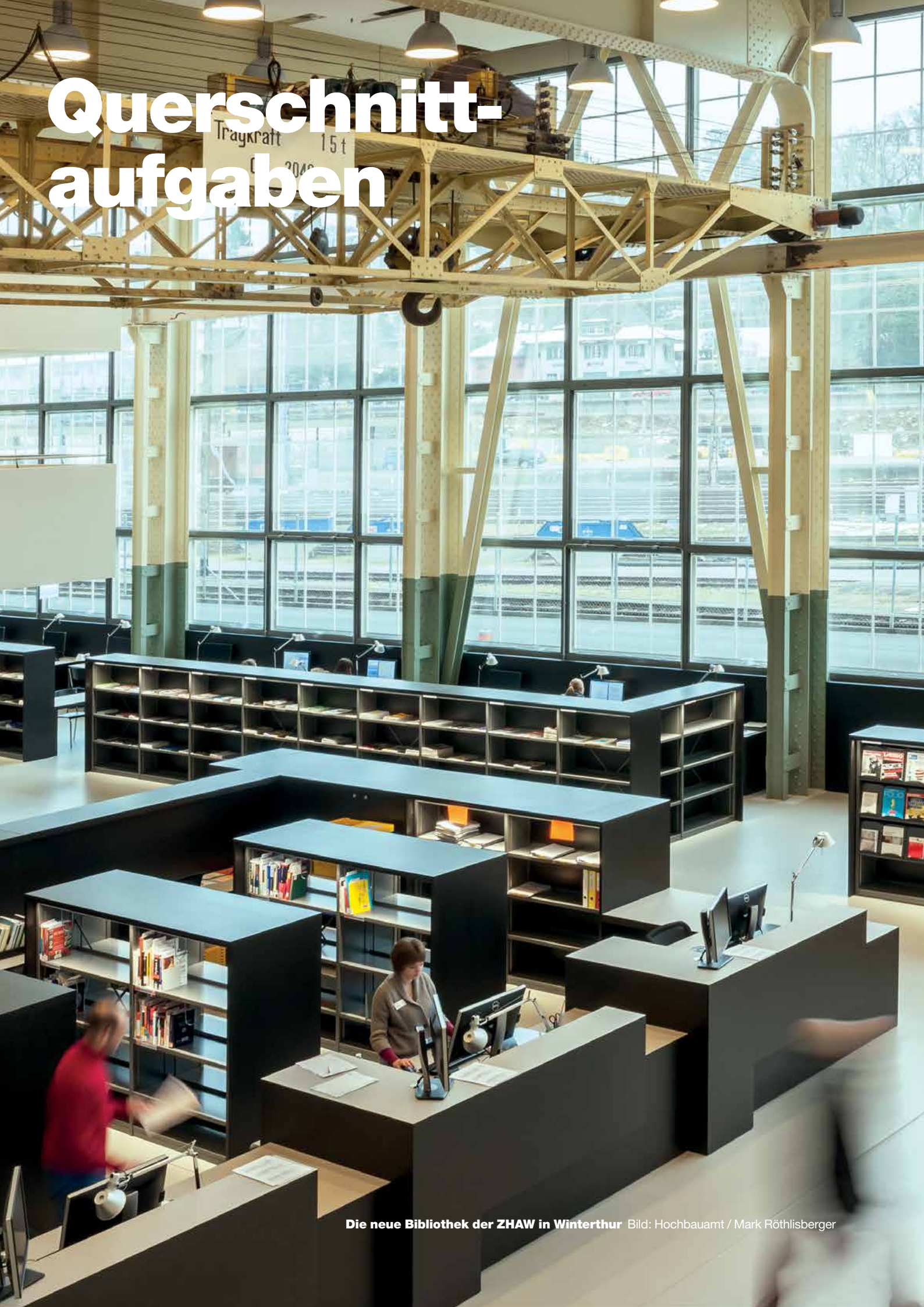
Das sind aber nur die spektakulären Ereignisse. Hinter den Kulissen haben mehr als 30000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch im Kleinen tagtäglich dafür gesorgt, dass Zürich weiter als Kanton mit einer hervorragenden Lebensqualität, einem ausgezeichneten Bildungsangebot, einer verlässlichen Gesundheitsversorgung, einer dichten Erschliessung und einem hohen Mass an Sicherheit dasteht. Was es dazu alles braucht, können Sie im vorliegenden Geschäftsbericht 2015 in Kürze erahnen – er zeigt, was wir zugunsten unserer Bürgerinnen und Bürger tun, damit sie in diesem Kanton gut leben, lernen, arbeiten und sich entfalten können.

Auch wenn dieser Geschäftsbericht des Regierungsrates kein Krimi ist – spannend ist es trotzdem, zu sehen, was hinter den Zahlen steckt. Machen Sie sich selber ein Bild und begeben Sie sich auf Entdeckungsreise!

Ernst Stocker
Regierungspräsident



Querschnitt- aufgaben



Das Wahljahr

Im Berichtsjahr haben gleich mehrere Wahlen stattgefunden. Im Frühjahr sind der Kantonsrat und der Regierungsrat neu gewählt worden, und im Herbst hat die Zürcher Stimmbürgerin ihre Vertretungen im Nationalrat und Ständerat neu bestellt, Letztere in zwei Wahlgängen. Ausserdem wurden Synodalwahlen und diverse Wahlen auf der Bezirksebene abgehalten.

Alle Wahlen gingen organisatorisch einwandfrei vonstatten. Die Kommunikationsabteilung des Regierungsrates, das Statistische Amt, das Immobilienamt und die Kantonspolizei arbeiten jeweils über Monate hinweg eng zusammen, um das reibungslose Gelingen der Wahlen und Abstimmungen zu garantieren. An den jeweiligen Wahlsonntagen sind bis zu 130 Medienleute und 70 Gäste im Walcheturm betreut worden, von Print- und Onlinejournalistinnen und -journalisten bis hin zu Radio- und Fernsehschaffenden. Die rechtzeitige elektronische Publikation der Hochrechnungen und Schlussresultate auf der kantonalen Website und den kantonalen Social-Media-Kanälen ist einwandfrei verlaufen. Den Medien wurden zudem erstmals laufend aktualisierte Resultate als Datendownloads angeboten. Diese Dienstleistung diente ihnen als Basis für eigene Echtzeitanalysen und wurde durchwegs positiv aufgenommen.

Der Regierungsrat setzt sich seit Mai des Berichtsjahres neu zusammen: Ernst Stocker hat das Amt des Regierungspräsidenten übernommen und steht neu der Finanzdirektion vor. Vizepräsident ist Sicherheitsdirektor Mario Fehr. Markus Kägi bleibt Vorsteher der Baudirektion, Thomas Heiniger Gesundheitsdirektor. Die drei neuen Mitglieder des Regierungsrates stehen folgenden Direktionen vor: Silvia Steiner der Bildungsdirektion, Carmen Walker Späh der Volkswirtschaftsdirektion und Jacqueline Fehr der Direktion der Justiz und des Innern. Die bisherigen Regierungsrätinnen Regine Aeppli und Ursula Gut sind nicht mehr zur Wiederwahl angetreten. Martin Graf hat die Wiederwahl nicht geschafft.

Die beiden neuen Vertreter des Standes Zürich in Bern sind Daniel Jositsch und Ruedi Noser.

Zürich, Luzern, Mailand: Der Kanton Zürich präsentiert sich
Gleich an drei Grossanlässen durfte sich der Kanton Zürich einem breiten Publikum vorstellen. Unter dem Motto «Züri mitenand» war er Gastkanton am Sechseläuten. Den Auftritt hat er gemeinsam mit seinen Partnern von der Schweizer Patenschaft für Berggemeinden der Solidarität mit anderen Regionen und Ländern gewidmet. An der Zentralschweizer Erlebnismesse LUGA in Luzern präsentierte sich der Kanton Zürich in «Familie Zürchers Garten» von seiner bunten, vielfältigen und sympathischen Seite. Abgerundet wurde der Auftritt mit dem «Zirkus Züri», einem Zirkusfestival für Kinder und Jugendliche, sowie einem hochkarätigen Zürcher Kulturprogramm. An der Expo Milano 2015 zeigte der Kanton gemeinsam mit der Stadt Zürich und Zürich Tourismus, welche Auswirkung sauberes Wasser auf die Innovationskraft und Lebensqualität einer Region hat.



Der neu gewählte Regierungsrat:
Beat Husi (Staatschreiber), Dr. Silvia Steiner, Dr. Thomas Heiniger, Mario Fehr
(Vizepräsident 2015/2016), Ernst Stocker (Präsident 2015/2016), Markus
Kägi, Carmen Walker Späh, Jacqueline Fehr (v.l.n.r) Bild: Staatskanzlei / André Springer

Wer beim Flughafen Zürich mitreden soll



Der Regierungsrat befürwortet eine im Berichtsjahr zustande gekommene kantonale Volksinitiative, die den Zürcher Stimmberechtigten in Fragen rund um Veränderungen der Pistenanlagen des Flughafens Zürich mehr Mitsprache verschaffen möchte. Ein Mitspracherecht des Volkes in der Form des fakultativen Referendums besteht nach der heutigen Regelung nur in den Fällen, in denen der Kantonsrat einem Gesuch der Flughafen Zürich AG zustimmt. Neu soll das Volk in jedem Falle das fakultative Referendum ergreifen können, unabhängig davon, wie der Kantonsrat entscheidet. Der Regierungsrat erachtet dies als sinnvoll und verhältnismässig.

Kritisch steht der Regierungsrat hingegen vorgeschlagenen Änderungen des Bundesrates zu dessen Luftfahrtpolitik gegenüber, welche dieser im Berichtsjahr in die Anhörung gegeben hat. Hauptkritikpunkte sind der vorgesehene verstärkte Bundeseinfluss auf die Landesflughäfen, der aus Sicht des Regierungsrates einer Beschneidung der kantonalen Mitsprache in Flughafenfragen gleichkommt, und die Abwälzung von Sicherheitskosten des Flughafens Zürich auf den Kanton Zürich.

Notfall-App für Schulen

Bildungseinrichtungen müssen sichere Orte sein. Dies ist dann der Fall, wenn die Verantwortlichen gut auf schwierige Situationen vorbereitet sind. Dabei unterstützt sie neu eine Notfall-App, mit welcher Mitarbeitende der Bildungseinrichtungen des Kantons Zürich in akuten Notfallsituationen rasch und ortsunabhängig auf wichtige Informationen und Telefonnummern zugreifen können. Die Smartphone-App enthält Checklisten zu verschiedenen Notfällen und direkt wählbare Rufnummern der Blaulichtorganisationen und unterstützt die Schulen bei der Einrichtung eigener Notfallorganisationen.

Der Zürcher Verkehrsverbund in voller Fahrt

Im Frühsommer des Berichtsjahres hat der Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) sein 25-jähriges Bestehen gefeiert. Mit verschiedenen Anlässen und Aktionen hat er sich bei der Bevölkerung und bei allen involvierten Stellen in der Politik und der Verwaltung für ihr Bekenntnis zum öffentlichen Verkehr im Kanton Zürich bedankt. Höhepunkt für die Kundschaft war der 31. Mai, an dem rund eine Million Fahrgäste kostenlos mit allen Verkehrsmitteln des ZVV unterwegs waren.

Einen Allzeitrekord an Fahrgästen haben im Berichtsjahr die Schiffe auf dem Zürichsee verzeichnet.

Neben dem feierlichen Blick zurück sind im Berichtsjahr aber auch wichtige Weichen für die nahe und weitere Zukunft des ZVV gestellt worden. Gemäss seiner mittel- und langfristigen Strategie 2018–2021 stehen beim Verkehrsangebot die Fertigstellung der 4. Teilergänzungen der S-Bahn und die Limmattalbahn im Zentrum. Letztere hat ausserdem in einer Volksabstimmung im Herbst des Berichtsjahres vom Volk grünes Licht bekommen. Der öffentliche Verkehr soll mindestens die Hälfte des Verkehrszuwachses in den kommenden Jahren übernehmen.

Im Oktober ist mit dem zweiten und letzten Teil der Durchmesserlinie (DML) ein Generationenprojekt abgeschlossen und feierlich eröffnet worden. Züge können seither aus dem unterirdischen Bahnhof Löwenstrasse über die Kohlendreieckbrücke und die Letziggrabenbrücke nach Altstetten und somit Richtung Westen rollen. Die DML bringt nicht nur für den ZVV, sondern auch für den Fernverkehr der SBB zusätzliche Kapazitäten. Ihre termingerechte Inbetriebnahme im Dezember hat den bisher grössten Fahrplanwechsel und Angebotsausbau des ZVV möglich gemacht.

Der starke Franken fordert die Wirtschaft

Im Januar des Berichtsjahres hatte die Schweizerische Nationalbank den Mindestkurs des Schweizer Frankens gegenüber dem Euro aufgehoben. Die daraus resultierende Aufwertung der Schweizer Währung war der einschneidendste Einflussfaktor auf den Verlauf der Zürcher Wirtschaft im Berichtsjahr. Zusammen mit nachlassenden Impulsen in den wichtigsten Absatzmärkten schwächte die Aufwertung des Frankens die Konjunktur und beschleunigte den Strukturwandel in diversen Branchen. Die Auswirkungen waren auch auf dem Arbeitsmarkt spürbar: Die Voranmeldungen zur Kurzarbeit wie auch die Zahl der Arbeitslosen sind im Berichtsjahr angestiegen. Die Arbeitslosenquote im Kanton Zürich wuchs im Berichtsjahr um 0,4 Prozentpunkte auf 3,9 Prozent an.

Bereits im Frühjahr hat der Regierungsrat einen runden Tisch mit Vertretern von besonders betroffenen Branchen einberufen, um branchenspezifische Herausforderungen und mögliche Handlungsfelder zu erörtern. Der starke Franken hat insbesondere die Industrie, den Handel und das Gastgewerbe belastet. Gleichzeitig haben die Branchen des Finanzsektors und die zahlreichen Unternehmensdienstleistungen ihre gute Verfassung bewahren können. Auch in der Baubranche ist die Wirtschaftsdynamik trotz einer langsameren Gangart am Ende des Berichtsjahres noch kräftig.

Hoher Besuch

Der Regierungsrat hat sich im Berichtsjahr mit diversen anderen Kantonsregierungen getroffen sowie mehrere ausländische Staatsgäste empfangen. Zu ihnen zählt der bulgarische Ministerpräsident Boyko Borissov, dem Regierungspräsident Ernst Stocker im Rathaus die silberne Ehrenmedaille überreicht hat. Während seines zweitägigen Staatsbesuchs hat der Präsident de la République française, François Hollande, unter anderem die ZHAW auf dem Toni-Areal in Zürich besucht. Er war begleitet von Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga und Regierungsrat Ernst Stocker.



E-Voting

Bei den Volksabstimmungen vom 8. März und vom 14. Juni 2015 haben die rund 22 000 Zürcher Auslandschweizerinnen und -schweizer ihre Stimme elektronisch abgeben können. Und mehr als die Hälfte jener, welchen die Möglichkeit offenstand, haben ihre Stimme elektronisch übermittelt. Nachdem in der zweiten Jahreshälfte eine Sicherheitslücke nicht rechtzeitig geschlossen werden konnte und sich die gesetzlichen Rahmenbedingungen geändert haben, wird das bisherige System jedoch nicht mehr eingesetzt werden. Unabhängig von dieser Pause beim E-Voting ist jedoch unbestritten, dass solchen Angeboten in der Zusammenarbeit von Bürger und Staat die Zukunft gehört.

Der Président de la République française, François Hollande, trägt sich im goldenen Buch der ZHdK ein. Neben ihm Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga Bild: Staatskanzlei / Roger Zedi

Der Innovationspark Dübendorf nimmt weiter Form an



Das Generationenprojekt Innovationspark, welches auf dem Areal des Flugplatzes Dübendorf realisiert werden soll, hat im Berichtsjahr weitere Meilensteine passiert. So hat das Bundesparlament grünes Licht gegeben für die Abgabe des Areals im Baurecht. Der Kantonsrat hat im Sommer die Teilrevision des kantonalen Richtplans festgesetzt, welche den Zürcher Standort für einen Hub des nationalen Innovationsparks auf dem Flugplatzareal Dübendorf festlegt. Somit kann die Baudirektion mit der Ausarbeitung und Festsetzung eines entsprechenden kantonalen Gestaltungsplans voranschreiten.

Im September ist die «Stiftung Innovationspark Zürich» gegründet worden, welcher neben dem Kanton Zürich die ETH Zürich und die Zürcher Kantonalbank angehören. Die Stiftung bildet die Trägerschaft für den Innovationspark und bezweckt den Aufbau und den Betrieb desselben. Sie nimmt auch seine Interessen innerhalb des Schweizerischen Innovationsparks wahr und wird von der Volkswirtschaftsdirektorin präsiert. Der Zürcher Hub soll die Innovationskraft der Region stärken, indem er Raum für den Aufbau von Kooperationen zwischen lokalen, nationalen oder internationalen Unternehmen und den ansässigen Hochschulen schafft. Er soll die Branchenvielfalt stärken sowie Arbeitsplätze und einen volkswirtschaftlichen Mehrwert schaffen. Der Betrieb des Innovationsparks soll kostendeckend erfolgen.

Offen bleibt die Frage nach der künftigen aviatischen Nutzung des Geländes. Der Regierungsrat unterstützt den Betrieb einer Helikopterbasis für Armee, Kantonspolizei und Rettungswach. Er hält aber gleichzeitig an grundsätzlichen Bedenken gegenüber einer zusätzlichen aviatischen Nutzung des Flugplatzareals in Dübendorf fest.

Social Media

Die kantonalen Kanäle in den sozialen Medien stossen weiterhin auf reges Interesse. Sehr erfolgreich auf Facebook unterwegs sind die Kantonspolizei (über 20000 Likers) und der ZVV (mehr als 10000 Likers). Auf Twitter finden die News des Kantons ein grosses Publikum (mehr als 8000 Followers), ebenso jene des ZVV (mehr als 3000 Followers) und der Gesundheitsdirektion (über 1000 Followers). Neu dazu gestossen ist ein Angebote des Amtes für Militär und Zivilschutz auf Facebook. Insgesamt verzeichnet der Kanton am Ende des Berichtsjahres über 55000 Followers auf seinen Kanälen.

Stärkung des Bildungsplatzes Winterthur

Mit Semesterbeginn im Februar des Berichtsjahres hat die neue Bibliothek der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) auf dem Sulzerareal in Winterthur ihre Tore geöffnet. Mit über 6000 Quadratmetern ist sie die flächenmässig grösste Fachhochschulbibliothek im deutschsprachigen Raum. Drei Geschosse mit grossflächigen Fensterfronten der Halle 87 der ehemaligen Sulzer-Produktionsstätte bilden die Voraussetzung für einen massgeschneiderten Bibliotheksausbau. Unter weitestgehender Erhaltung des ursprünglichen Tragwerks – einer Stützen- und Trägerkonstruktion aus genietetem Stahl – erfolgt die innere Verdichtung. Die neue Hochschulbibliothek befindet sich mitten in der Stadt Winterthur in Gehdistanz zu den Departementen der ZHAW und ist der erste bedeutende Meilenstein auf dem Weg zu einem Hochschulzentrum der ZHAW auf dem Sulzerareal. Da das Gebäude neben den Studierenden, Forschenden und Dozierenden auch weiteren Nutzerinnen und Nutzern offensteht, wird es zu einem neuen Begegnungs- und Informationszentrum für ganz Winterthur.

Im Berichtsjahr hat der Regierungsrat ausserdem entschieden, die School of Engineering der ZHAW an ihrem Standort in Winterthur zu belassen. Eine Studie, die im Auftrag der Bildungsdirektion erstellt worden ist, hat ergeben, dass der angedachte Umzug in den künftigen Innovationspark Dübendorf keine wesentlichen Vorteile brächte.

Ab 2018/19 gilt der Lehrplan 21

Im Kanton Zürich wird der Lehrplan 21 ab dem Schuljahr 2018/19 für die unteren Klassen gelten, ab Schuljahr 2019/20 auch für alle übrigen Schülerinnen und Schüler der Volksschule. Zeugnisse und die Beurteilung mit Noten werden auch mit dem neuen Lehrplan erhalten bleiben. Für die Lehrpersonen werden Materialien erarbeitet, die sie in der Beurteilung der Schülerinnen und Schüler und im sonderpädagogischen Bereich unterstützen. Was das Lehrmittelangebot angeht, ist der Kanton Zürich gut aufgestellt. Insbesondere die obligatorischen Lehrmittel in Deutsch und Mathematik entsprechen weitgehend den Vorgaben des neuen Lehrplans. Für eine Reihe weiterer Fächer sind neue Lehrmittel in Entwicklung. Der Handlungsbedarf in Medien und Informatik sowie in Wirtschaft, Arbeit und Haushalt ist erkannt worden.

Noch 169 Gemeinden

Ende des Berichtsjahres zählte der Kanton Zürich noch 169 politische Gemeinden, eine weniger als im Vorjahr. Zusammengeschlossen haben sich Bauma und Sternenberg zur neuen Politischen Gemeinde Bauma. Derzeit laufen zehn weitere Projekte zum Zusammenschluss von politischen Gemeinden sowie von Schulgemeinden. Von Letzteren gab es Ende des Berichtsjahres deren 103 im Kanton Zürich.

Archäologische Funde in Oberwinterthur

In der zweiten Jahreshälfte des Berichtsjahres hat die Kantonsarchäologie frühmittelalterliche Siedlungsreste in Winterthur Hegmatten ausgegraben. Neben Hinweisen auf sieben Grubenhäuser wurden Glasperlen, Messerklingen, Ringe und römische Münzen gefunden. Der Fund eines Spinnwirtels bestätigt die Vermutung, dass in diesen Gebäuden Textilien verarbeitet wurden. Daneben wurden bislang Spuren von rund 400 Pfosten entdeckt, die von weiteren Gebäuden oder Baumassnahmen wie etwa Zäunen stammen. Geborgene Fundobjekte weisen in die Zeit des 6. und 7. Jahrhunderts. Oberwinterthur war in römischer Zeit eine kleinstädtische Siedlung.



Römischer Siegelring aus Bronze aus dem 3. Jahrhundert

Bild: Kantonsarchäologie / Martin Bachmann

Kulturlandschaft mit Strahlkraft

Die Kultur- und Kreativwirtschaft im Kanton Zürich gilt als zukunftsweisend und bietet 43 000 Menschen – 5 Prozent der Erwerbstätigen – einen Lebensunterhalt. Etwa zwei Drittel davon sind im eigentlichen Kultursektor beschäftigt, während ein gutes Drittel einem künstlerisch-kulturellen Beruf in einer anderen Branche nachgeht.

Die internationale Ausstrahlung der Zürcher Kulturlandschaft will auch der Regierungsrat künftig fördern. So lautet einer der Schwerpunkte, die er in seinem neuen «Leitbild für die Kulturförderung» festgelegt hat. Es nennt konkret das Filmschaffen und das Opernhaus, zur genannten Ausstrahlung tragen aber auch zahlreiche Kunstschaffende bei, deren Werke von Zürich aus über die Landesgrenzen hinaus strahlen. Einen weiteren Akzent setzt er bei kulturellen Initiativen in den Regionen des Kantons Zürich. Für regionale Zusammenschlüsse und das Kulturleben in den Gemeinden sind fortan finanzielle Mittel reserviert. Auch steht der Kanton den interessierten Regionen mit Beratung und Vernetzungsleistung begleitend zur Seite.



«Gsundi Tier, gsundi Lüt» – seit 100 Jahren

Am 25. Februar 1915 beschloss der Regierungsrat, aus der Abteilung «Viehversicherung und Viehverkehr» das Veterinäramt zu gründen. Die Bedeutung eines fachlich geführten staatlichen Veterinärwesens war in den Jahren davor wegen der grassierenden Maul- und Klauenseuche stark gestiegen; 1914 wurde erstmals ein Kantonstierarzt eingesetzt. Das neu geschaffene Amt sollte die Bekämpfung der Tierseuchen vorantreiben, den Viehverkehr und die Milchgewinnung in den Ställen kontrollieren sowie die Oberaufsicht über die Viehversicherungen, die Tierärzte und Fleischbeschauer ausüben. Bis heute sind die Aufgaben des amtlichen Veterinärwesens stark gewachsen. So wurde unter anderem die Lebensmittelsicherheit zunehmend wichtig: Beim Schlachten genauso wie in der Tierhaltung durch Hygiene und korrekten Einsatz von Tierarzneimitteln. Dabei geht es immer um die Gesundheit von Mensch und Tier.



Menschen in suizidalen Krisen unterstützen

Suizide führen in der Schweiz jährlich zu mehr Todesfällen als der Strassenverkehr, Aids und Drogen zusammen. Zwar sind die Suizidzahlen schweizweit und auch im Kanton Zürich rückläufig, dennoch nahmen sich im Kanton Zürich zwischen 2001 und 2010 im Durchschnitt rund 180 Menschen pro Jahr das Leben (ohne assistierte Suizide). Die Zahl der Suizidversuche liegt schätzungsweise zehn- bis zwanzigmal höher. Mit dem Schwerpunktprogramm «Suizidprävention Kanton Zürich» zielt der Regierungsrat darauf ab, Menschen in suizidalen Krisen zu unterstützen und den Auswirkungen von Suiziden und Suizidversuchen entgegenzutreten. Es sollen die Aufklärung der Bevölkerung verbessert und die Hilfe zur Selbsthilfe gestärkt werden. Dazu dient auch die Website www.suizidpraevention-zh.ch. Mit seinen 18 Projekten deckt das Programm ein weites Spektrum von Massnahmen ab. Sämtliche kantonalen Direktionen sind an der Umsetzung beteiligt.

Gesunde Staatsfinanzen und konstant moderate Steuerbelastung



Stabilität und Verlässlichkeit sollen die Finanzpolitik des Kantons Zürich weiterhin prägen. Deshalb hat der Regierungsrat im Berichtsjahr alles daran gesetzt, dem Kantonsrat für 2016 einen ausgeglichenen Budgetentwurf vorzulegen. Aus denselben Gründen sowie aus standortpolitischen und wirtschaftspolitischen Überlegungen beantragt der Regierungsrat auch für die nächsten zwei Jahre einen gleichbleibenden Staatssteuerfuss. Damit kann die gute Position im Steuerwettbewerb verteidigt werden: Gemäss dem im Berichtsjahr erschienenen «Steuerbelastungsmonitor 2014» hat der Kanton Zürich seinen zehnten Rang unter allen Kantonen verteidigt. Die Steuerbelastung für die Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Zürich ist sogar nochmals leicht gesunken.

Für die weiteren Planungsjahre bis 2019 hat der Regierungsrat ausserdem eine umfassende Leistungsüberprüfung angeordnet, um hohe Defizite abzuwenden.

Die Rating-Agentur Standard & Poor's (S&P) hat den Finanzhaushalt des Kantons Zürich im Berichtsjahr erneut mit der Bestnote AAA bewertet. Als Stärken gelten die gut diversifizierte Wirtschaft sowie die flexible Finanzplanung und die hohe Liquidität des Kantonshaushalts.

Mehr Mittel für den Breitensport

Der Sportfonds des Kantons Zürich erhält fortan mehr Geld aus dem Lotteriefonds. Damit kann der Kanton den Gemeinden höhere Beiträge für den Bau und die Sanierung von Sportanlagen entrichten. Zugute kommt dies sowohl den im kantonalen Sportanlagenkonzept verzeichneten Anlagen wie auch allen weiteren Anlagen der Gemeinden und von Dritten. Weiter kann das Sportamt damit den Verbands- und Vereinssport noch besser unterstützen: Im Vordergrund stehen dabei die Unterstützung der Ausbildungsaktivitäten der Verbände und Vereine und ihre Ausstattung mit zeitgemäßem Sportmaterial. Gleichzeitig fördert der Kanton den Kinder- und Jugendsport noch mehr, sei es durch mehr Angebote im freiwilligen Schulsport oder mit innovativen Sportprojekten, die Kindern und Jugendlichen den Zugang zum Sport und zu bestehenden Sportprojekten erleichtern.



Zürich und der Wiener Kongress
Eine Delegation des Regierungsrates hat mit einem Festanlass in der Universität Zürich die 200. Wiederkunft der «Erklärung über die Angelegenheiten der Schweiz» vom 20. März 1815 am Wiener Kongress begangen. Regierungspräsidentin Regine Aeppli eröffnete den Festakt, als Gastredner war unter anderem der frühere Regierungsrat und alt Bundesrat Moritz Leuenberger dabei. An der Spitze der Schweizer Delegation in Wien stand damals der Zürcher Bürgermeister Hans von Reinhard. Die acht Hauptmächte (Österreich, Spanien, Frankreich, Grossbritannien, Portugal, Preussen, Russland und Schweden) beschlossen unter anderem eine Erklärung über die Angelegenheiten der Schweiz. Sie garantierte die Integrität der damaligen 19 Mediationskantone und fügte diesen die drei neuen Kantone Wallis, Neuenburg und Genf bei. Und sie stellte fest, dass die immerwährende Neutralität der Schweiz im Interesse der europäischen Staaten liege.

Bild gross: Staatskanzlei / Salvatore Vinci
**Regierungspräsidentin Regine Aeppli und alt Bundesrat
Moritz Leuenberger** Bild klein: Staatskanzlei / Roger Zedi

Anschub für das elektronische Patientendossier

Das Gesundheitswesen zeichnet sich durch differenzierte Angebote und zahlreiche Akteure aus. Diese zum Wohl der Patientin, des Patienten miteinander zu vernetzen, ist eine der grossen Herausforderungen. Das Potenzial, das darin liegt, will der Kanton Zürich weiter nutzen – zugunsten von Qualität und Wirtschaftlichkeit gleichermaßen. Innovationen kommt dabei eine Scharnierfunktion zu. Beim elektronischen Patientendossier (EPD) sind es die innovativen Möglichkeiten der Kommunikations- und Informationstechnologie. Konkret: Die behandlungsrelevanten Daten einer Person stehen jederzeit und überall bereit. Im Notfall kann das lebensrettend sein. Im Normalfall erleichtert es die Kommunikation zwischen den verschiedenen Leistungserbringern und dem Patienten. Der Vorteil ist eine bessere Koordination einzelner Behandlungsschritte, eine effizientere Zusammenarbeit der Gesundheitsfachpersonen, weniger unnötige oder doppelte Untersuchungen und damit letztlich mehr Sicherheit bei Entscheidungen und ein kleineres Fehlerrisiko. Wobei der Patient selber entscheiden kann, ob er ein EPD eröffnen will oder nicht, und auch selber festlegen kann, wer Zugriff auf welche seiner Daten haben soll. Insbesondere aber bekommen die Bürgerinnen und Bürger erstmals einen umfassenden Überblick über die eigenen Gesundheitsdaten und werden so in ihrer Entscheidungskompetenz und Eigenverantwortung gestärkt.

Der Regierungsrat hat sich mit dem Legislaturprogramm 2015–2019 zum Ziel gesetzt, die Einführung des EPD im Kanton Zürich zu unterstützen. Auf Initiative der Gesundheitsdirektion haben sich der Verband Zürcher Krankenhäuser, die Ärztesgesellschaft des Kantons Zürich, Curaviva Kanton Zürich, der Spitex-Verband Kanton Zürich und der Apothekerverband des Kantons Zürich dazu mit dem Kanton in einem privaten Trägerverein zusammengeschlossen (www.verein.zad.ch). Im Berichtsjahr hat der Verein in einem strukturierten Ausschreibungsverfahren den technischen Partner für den Aufbau und Betrieb ermittelt. Ausserdem hat er beim Lotteriefonds das Gesuch für eine Anschubfinanzierung eingereicht. Ist diese sichergestellt, kann das Projekt unverzüglich gestartet werden.

Bewährte Bedrohungsanalysen

Die von den Staatsanwaltschaften, der Kantonspolizei und der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich (PUK) geschaffene Fachstelle für Forensisches Assessment und Fallmanagement hat sich bewährt. Der Regierungsrat hat im Berichtsjahr beschlossen, die Fachstelle dauerhaft weiterzuführen. Die Fachstelle wird von der Klinik für Forensische Psychiatrie der PUK betrieben. Mitarbeitende der Fachstelle sind seit dem Start im Februar 2014 fast täglich bei der Kantonspolizei vor Ort präsent. Die Anzahl der Anfragen übersteigt bei Weitem die ursprünglichen Erwartungen. Insbesondere die Staatsanwaltschaften beauftragen die Fachstelle mit deutlich mehr Analysen und Berichten als ursprünglich erwartet. Die Einschätzungen tragen wesentlich zu einem frühzeitigen Erkennen von Gefährdungs- und Bedrohungssituationen, zu situationsgerechten Interventionen, zu sachgerechten Verfahrensentscheiden der Strafverfolgungsbehörden und zur Prävention von Gewalteskalationen und -delikten bei. Die Fachstelle ist damit zu einem wichtigen Bestandteil des kantonalen Bedrohungsmanagements geworden. Künftig wird sie auch bei Fällen von Jugendlichen mit hohem Gewaltpotenzial unterstützend wirken. Zudem wird die Fachstelle neu auch psychiatrische Kliniken im Umgang mit hochgradig gewaltbereiten Patientinnen und Patienten unterstützen.

Schutz und Nutzung des Sihlwalds neu geregelt

Der Sihlwald ist einer der grössten sich selbst überlassenen Laubmischwälder des schweizerischen Mittellandes – eine einmalige Naturlandschaft in unmittelbarer Nähe der dicht besiedelten Agglomeration und der Stadt Zürich. Seit 2009 trägt der Sihlwald das Label «Nationaler Naturerlebnispark». Voraussetzung dafür war eine Schutzverordnung des Kantons Zürich, welche 2008 erlassen worden war. In der praktischen Anwendung dieser Schutzverordnung zeigte sich Anpassungsbedarf, weshalb sie im Berichtsjahr revidiert worden ist. Die von verschiedenen Seiten gestellten Begehren, darunter von Velofahrern, Reitern und Hundehaltern, sind darin weitgehend erfüllt worden.





Auswirkungen des erreichten Sollbestands

Mit dem Eintritt von 20 neuen Aspirantinnen und Aspiranten in die Polizeischule hat die Kantonspolizei Zürich zu Beginn des Berichtsjahres ihren Sollbestand von 2247 Korpsangehörigen erreicht. Damit ist ein vor 25 Jahren gegebenes Versprechen der Politik erfüllt worden. Nicht zuletzt als Folge der laufend verstärkten Präsenz der Kantonspolizei ist die Kriminalität heute auf dem tiefsten Stand seit 30 Jahren. Mit den zusätzlichen Polizeikräften stellt die Kantonspolizei eine verstärkte Präsenz im ganzen Kantonsgebiet und die Nähe der Polizei zu Bürgerinnen und Bürgern sicher. Die Öffnungszeiten stark frequentierter Polizeiposten – wie etwa am Zürcher Hauptbahnhof oder am Bahnhof Winterthur – wurden ausgedehnt. Gleichzeitig erlauben es die personellen Möglichkeiten, verstärkt gezielte Schwerpunktaktionen in der Verbrechensbekämpfung zu setzen. So kann sich die Kantonspolizei insbesondere auch in der Verbrechensprävention stärker engagieren.

Spatenstich zum Bildungs- und Forschungszentrum Agrovet-Strickhof

Im August haben die Bauarbeiten zum Agrovet-Strickhof begonnen. Die ETH Zürich, die Universität Zürich und die Baudirektion des Kantons Zürich erstellen am heutigen Standort des landwirtschaftlichen Kompetenzzentrums «Strickhof» in Lindau ein gemeinsames Bildungs- und Forschungszentrum von nationaler und internationaler Ausstrahlung. Dort werden Forschungs- und Bildungsfragen rund um die Bereitstellung von Lebensmitteln nach dem Ansatz «From Feed to Food» auf der gesamten Wertschöpfungskette betrachtet, also von der Futtererzeugung über die Fütterung bis zur Gewinnung von Milch und Fleisch. Die Eröffnung ist für 2017 geplant.

Jugendgewalt tendenziell rückläufig

Die Jugendgewalt ist im Kanton Zürich deutlich zurückgegangen, wie eine im Berichtsjahr vorgestellte Studie zeigt. Sie hat einen in der Kriminalstatistik festzustellenden Trend bestätigt: Die Jugendgewalt ist nicht nur bei den polizeilich registrierten Delikten zurückgegangen, sondern auch in Bezug auf Gewalterfahrungen, wie sie von Jugendlichen selbst berichtet werden. Die zunehmende Sensibilisierung für die Gewaltproblematik, verstärkte Präventionsmassnahmen an Schulen oder auch die erhöhte Präsenz der Polizei an den Brennpunkten von Gewalt im öffentlichen Raum sowie das konsequente Vorgehen der Jugendanwaltschaften bei Gewaltdelikten dürften dazu einen bedeutsamen Beitrag geleistet haben.

Die Studie zeigt jedoch auch auf, dass weiterhin Handlungsbedarf besteht. Festzuhalten ist, dass sexuelle Gewalt an Minderjährigen zunehmend von Gleichaltrigen oder etwas älteren Tätern ausgeübt wird und die Opfer fast ausschliesslich Mädchen sind. Als weitere Aufgabe für die Prävention erweist sich das Mobbing, das zunehmend auch mit Hilfe der digitalen Medien – also in Form des Cybermobbings – ausgeübt wird. Obwohl das Mobbing in der Schule abgenommen hat, ist es jene Form von Gewalt, die im Jugendalter am häufigsten erlebt wird. Ein bisher kaum beachtetes Thema stellt die Gewalt in jugendlichen Partnerschaften dar. Die Studie liefert hierzu erstmals repräsentative Daten. Sie zeigen auf, dass Gewalt in jugendlichen Beziehungen vor allem in Form der Kontrolle und der Einschränkung der Selbstbestimmung des Partner bzw. der Partnerin erfolgt. Auch die Anwendung von physischer und sexueller Gewalt kommt relativ häufig vor.

Bereit für den Wolf

Im August des Berichtsjahres tappte in der Gegend von Gossau ein Wolf in eine Fotofalle. Das Foto ist der erste Nachweis eines lebenden Wolfes im Kanton Zürich. Im Vorjahr war in Schlieren ein Wolf von einem Zug überfahren worden. Der Kanton Zürich fördert die Rückkehr des Wolfes nicht aktiv, ist aber darauf vorbereitet und hat schon früh einen «Handlungsleitfaden Wolf» erlassen. Wölfe sind scheue Tiere. Sie meiden den Kontakt mit Menschen und menschlichen Siedlungen; für die Bevölkerung und Haustiere besteht deshalb keine Gefahr. Wer einem Wolf begegnet, soll aber unbedingt Distanz wahren und sich zurückziehen.



Die Biber vermehren sich langsamer

Alle drei Jahre lässt der Kanton Zürich die Biberbestände erheben. Weil sich der scheue Nager selber kaum zählen lässt, wertet man seine Spuren aus. Mit Hilfe vieler Freiwilliger wurden dabei alle relevanten Gewässerabschnitte im Kanton Zürich kontrolliert – total über 900 Kilometer. Im Kanton leben mittlerweile über 300 Biber, verteilt auf 87 Reviere. Damit hat sich der Bestand innerhalb von drei Jahren um 22 Prozent vergrössert. Das ist ein weniger starker Zuwachs als in den Vorjahren. Vor allem im Norden des Kantons sind die besten Reviere mittlerweile besetzt. Das Zusammenleben von Mensch und Biber ist nicht immer konfliktfrei – die kantonale Biberfachstelle berät deshalb Betroffene und sucht nach Lösungen.

Siedlungsentwicklung nach innen



Der Regierungsrat hat im Berichtsjahr seine langfristige Raumentwicklungsstrategie mit einem Zeithorizont bis 2050 vorgelegt. Das Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum wird im Kanton Zürich gemäss Prognosen anhalten. Durch dieses Wachstum ergibt sich eine Dynamik, die Gestaltungsmöglichkeiten für die Raumentwicklung bietet, zur Verbesserung der Standortqualitäten genutzt werden kann und den Erhalt der Lebensqualität sicherstellt. Als zentrale Herausforderung der nächsten Jahre wird das Bevölkerungswachstum erachtet. Die Bereitstellung von mehr Wohnraum muss in Abstimmung mit dem Raumordnungskonzept aus dem kantonalen Richtplan erfolgen und den Boden haushälterisch nutzen. Künftig sollen 80 Prozent des Bevölkerungszuwachses in den urbanen Handlungsräumen «Stadlandschaft» und «urbane Wohnlandschaft» konzentriert werden. Der Kanton Zürich lenkt dazu seine Siedlungsentwicklung nach innen. An Orten mit geeigneter Siedlungsstruktur, guter Erreichbarkeit und genügender Freiraumversorgung werden höhere bauliche Dichten und Nutzungsdichten realisiert. Dabei sind die räumlichen Qualitäten und die natürlichen Lebensgrundlagen wie Boden, Wasser, Luft und Biodiversität zu sichern, die den Kanton Zürich heute auszeichnen.

Geologisches Tiefenlager am sichersten Standort

Im Berichtsjahr hat die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) vorgeschlagen, bei ihrer Suche nach einem geeigneten Standort für ein geologisches Tiefenlager nur noch zwei statt bisher sechs mögliche Standorte weiter zu verfolgen. Konkret sind dies Zürich Nordost und Jura Ost (im Kanton Aargau). Der Regierungsrat hält es hingegen für verfrüht, die Suche derart einzuschränken. Gemäss Vorgaben des Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorats ENSI darf derzeit ein geologisches Standortgebiet nur dann als Kandidat ausgeschlossen werden, wenn es gegenüber einem oder mehreren anderen mit Sicherheit eindeutige Nachteile aufweist. Eine erneute Analyse der Unterlagen der Nagra soll klären, ob dies tatsächlich der Fall ist.

Der Kanton Zürich hat immer betont, dass das Tiefenlager in der Schweiz am sichersten Standort gebaut werden muss. Gleichzeitig hält der Regierungsrat fest, dass er ein geologisches Tiefenlager auf Kantonsgebiet nach wie vor ablehnt.

Erweiterte digitale Angebote

Die Digitalisierung geht an der Verwaltung des Kantons Zürich nicht vorbei. Auch im Berichtsjahr sind mehrere neue und erweiterte Online-Angebote im Dienste der Bevölkerung lanciert worden.

Für sportinteressierte Zürcherinnen und Zürcher, die sich nicht in einem Verein organisieren möchten, hat das Sportamt des Kantons Zürich «sporttreffs.ch» entwickelt. Die Plattform verbessert den Zugang zu offenen Sportangeboten wie Lauf-, Walking- oder Bike-Treffs. Wer sich in einer Gruppe sportlich betätigen möchte, findet auf der neuen Plattform einen passenden Sporttreff in seiner Umgebung. Anbieter von offenen Sportangeboten können ihre Sporttreffs einfach und kostenlos dort ausschreiben.

Das Staatsarchiv hat weitere Teile seines umfangreichen Fundus an historischen Dokumenten online zugänglich gemacht. Darunter einerseits über 120 000 Eheeinträge in reformierten Kirchenbüchern aus den Jahren 1525 bis 1700. Wer sich für Orts-, Bevölkerungs- oder Familiengeschichte interessiert, findet hier einen neuen einfachen Zugang zu Aspekten der Zürcher Vergangenheit. Andererseits liefert das neue Rechtsquellenportal (in Kooperation mit den Stadtarchiven von Zürich und Winterthur) spannende Einblicke in vielfältige Aspekte des Rechtslebens aus der Zeit vor 1798.

Frei verfügbare Behördendaten werden von Firmen, der Forschung, anderen Verwaltungseinheiten oder Privaten nachgefragt. Der Kanton Zürich hat sich als erster am Open-Government-Data-(OGD-)Portal des Bundes beteiligt und dort bisher Datensätze aus den Bereichen Statistik und Geodaten publiziert.

Das GIS-Zentrum bietet zwei neue digitale Geländemodelle an, die sowohl qualitativ als auch in ihrem Detaillierungsgrad neue Massstäbe setzen (ein digitales Oberflächen- und ein Terrainmodell). Beide sind ebenfalls als OGD verfügbar.

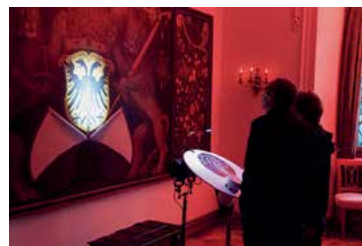
Im Berichtsjahr erstmals getestet worden ist die elektronische Umzugsmeldung «eUmzugZH», mit der künftig beim Umzug innerhalb des Kantons der Gang aufs Einwohnermeldeamt entfällt. Für die Bevölkerung soll der Dienst ab Frühjahr 2016 verfügbar werden.

Einpersonenhaushalte nehmen etwas ab

Im Berichtsjahr umfassen 230 000 der 640 000 Privathaushalte im Kanton Zürich nur eine Person – das ist ein Anteil von 36 Prozent und damit 3 Prozentpunkte weniger als noch im Jahr 2000. Nach wie vor sind Einpersonenhaushalte jedoch die mit Abstand häufigste Haushaltsform. Dagegen leben in 28 Prozent der Zürcher Privathaushalte kinderlose Paare und in knapp einem Viertel (24 Prozent) Paare mit Kindern. Die restlichen 12 Prozent sind andere Haushaltsformen wie WGs oder Alleinerziehende mit ihren Kindern.

Klangnacht im Rathaus

Das Rathaus hat in der ersten Samstagabend des Septembers 2015 bereits zum vierten Mal seine Türen zur Langen Nacht der Zürcher Museen geöffnet. Politische Debatten gab es zwar keine zu hören, dafür erwartete die rund 2500 Besuchenden ein akustisches Ratespiel, begleitet von einer eigens kreierten Lichtgestaltung. Zu später Stunde sind Nachtschwärmer in den Genuss eigenwilliger Chorgesänge im Ratsaal gekommen. Auf reges Interesse stiess zudem das Sitzungszimmer des Regierungsrates, das an diesem Abend der Bevölkerung offenstand.



Sachthemen



01

Direktion der Justiz und des Innern

Die Strategie zur Verteilung der Integrationspauschale für vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge erneuert, Untersuchungen zum «Fall Flaach» eingeleitet und elektronische Fussfesseln getestet.

Neue Strategie zur Verwendung der Integrationspauschale

Der Bund zahlt den Kantonen pro anerkanntem Flüchtling und pro vorläufig aufgenommener Person eine einmalige Integrationspauschale von 6000 Franken. Die insgesamt zur Verfügung stehende Summe schwankt damit jährlich mit der Anzahl der vorläufig Aufgenommenen und anerkannten Flüchtlinge, die dem Kanton Zürich zugewiesen werden. Seit 2014 ist die Fachstelle für Integrationsfragen für die Verwendung der Integrationspauschale zuständig. Im Berichtsjahr hat der Regierungsrat eine neue Strategie festgesetzt, die in das Kantonale Integrationsprogramm (KIP) eingegliedert ist und ab 2016 gilt. Bis zum Ende des Berichtsjahres ist das bisherige System der Bildungs-, Beschäftigungs- und Integrationsprogramme (BBIP) fortgeführt worden. Im Vordergrund der neuen Strategie stehen weiterhin das Erlernen der deutschen Sprache und die Integration in den Arbeitsmarkt. Weiterhin bestehen Qualifizierungsangebote und Beschäftigungsprogramme mit Bildungsanteil.

Unabhängige Untersuchungen im «Fall Flaach» eingeleitet

Im Januar des Berichtsjahres tötete eine junge Frau in Flaach ihre beiden zwei- und fünfjährigen Kinder. Im August setzte sie ihrem Leben in Untersuchungshaft ein Ende. Die Medien verfolgten den Fall intensiv. Namentlich die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) Winterthur-Andelfingen, welche die Familie in einem Verfahren begleitet hatte, sah sich schweren Vorwürfen ausgesetzt. Bereits im Januar des Berichtsjahres hatte die als Aufsichtsbehörde zuständige Direktion der Justiz und des Innern erste interne Berichte zu den Vorkommnissen erstellen lassen. Demnach hatten die zuständigen Behörden nachvollziehbar und vertretbar gehandelt. Weitere, unabhängige Untersuchungen sind jedoch aufgrund der Tragweite des Falls in Auftrag gegeben worden. Die daraus resultierenden Berichte werden Anfang des Folgejahres der Öffentlichkeit vorgestellt.

Pilotbetrieb mit «Electronic Monitoring» gestartet

Trotz hoher Komplexität konnte das System für «Electronic Monitoring» im Rechenzentrum der Direktion der Justiz und des Innern aufgebaut und integriert werden. Damit konnte im Sommer der Pilotbetrieb mit den elektronischen Aufenthaltsüberwachungen im Massnahmenzentrum Uitikon (MZU) und bei jugendstrafrechtlichen Interventionen starten. Die auf dem Körper getragenen elektronischen Sender werden zur Überwachung von Vollzugslockerungen im MZU sowie zur Einhaltung von Anordnungen der Jugendanwaltschaften bei Jugendlichen im Rahmen des Jugendstrafverfahrens und Jugendstrafvollzugsverfahrens eingesetzt. Dabei werden insbesondere die Auflagen bezüglich Hausarrest, der Einhaltung von Tagesstrukturen wie auch von Rayonverboten überwacht.

Mit erfolgreichem Abschluss des Modellversuchs im Mai 2013 haben sich die Kantone Luzern, St. Gallen, Thurgau und Zürich entschieden, den «Risikoorientierten Sanktionenvollzug» (ROS) als erprobtes Konzept des Risikomanagements in der Praxis von Straf- und Massnahmenvollzug sowie Bewährungshilfe umzusetzen. An verschiedenen Fachtagungen wurde schweizweit und über die Landesgrenzen hinaus zu ROS informiert (weitere Informationen unter www.rosnet.ch). Die flächendeckende Einführung in den Kantonen des Ostschweizer Strafvollzugskonkordats findet im Frühjahr 2016 statt. Ebenfalls auf diesen Zeitpunkt hin wird eine eigens entwickelte, webbasierte Datenbank in Betrieb genommen, die einen reibungslosen Informationsfluss zwischen den am Vollzug beteiligten Behörden und Dienstleistungserbringern auch überkantonale sicherstellt.

Literaturreise und Werkschau

Im Herbst des Berichtsjahres hat die Fachstelle Kultur des Kantons Zürich eine Lesereise mit Empfängerinnen und Empfängern von Werk- und Anerkennungsbeiträgen im Bereich Literatur organisiert. Stationen waren Rheinau, Bülach, Thalwil und Wetzikon, als Moderatorin ist die Slam-Poetin Hazel Brugger mitgereist, begleitet von Anna Trauffer am Kontrabass.

Die Arbeiten von 30 Kunstschaufenden, die sich um die kantonalen Werkbeiträge im Bereich Bildende Kunst beworben haben, sind im Herbst in einer «Werkschau» im Haus Konstruktiv in Zürich gezeigt worden.

02

Sicherheitsdirektion

Den Nachwuchs für Sportvereine gefördert,
Sicherheitsmassnahmen verstärkt und auf Flüchtlinge
vorbereitet.

Moderner Helikopter

Ein neuer Polizeihelikopter, der nicht allein der Kantonspolizei Zürich, sondern einem grossen Verbund von Partnern zur Verfügung steht, ist im Berichtsjahr beschafft worden. Das Fluggerät ist mit modernster Technik ausgerüstet und nachtflugtauglich. Polizeilich wird der Helikopter unter anderem für Suchaktionen verwendet, mit dem neuen 3D-Airborne-Laserscanner können aber auch grössere Gebiete aus der Luft in kurzer Zeit vermessen werden.

Leiternachwuchs in Sportvereinen: 1418coach

Mit dem im Berichtsjahr lancierten Projekt 1418coach unterstützt der Kanton Zürich Sportvereine in der frühzeitigen Rekrutierung des Nachwuchses für Leitungsfunktionen. Das auf vier Jahre angelegte Pilotprojekt wird vom Sportamt des Kantons Zürich zusammen mit dem Fussballverband Region Zürich, dem Zürcher Turnverband und dem Orientierungslaufverband Zürich getragen. Dabei werden bereits 14- bis 18-Jährige an erste Leitertätigkeiten herangeführt und übernehmen so erste Mitverantwortung in ihrem Sportverein.

An einem Ausbildungswochenende werden zunächst sportartenübergreifend die Grundlagen der Leitertätigkeit vermittelt. Danach können die Jugendlichen im Verein bereits erste Leitereinsätze übernehmen. Jeder Hilfsleiterin und jedem Hilfsleiter steht zur Unterstützung eine erfahrene J+S-Leiterperson als Gotti oder Götti zur Seite. So können die Jugendlichen erste Erfahrungen sammeln und mit zunehmender Übung schrittweise mehr Verantwortung übernehmen. Im Herbst hat das erste entsprechende Ausbildungswochenende im Sportzentrum Kerenzerberg stattgefunden. Das Pilotprojekt 1418coach stösst bei den involvierten Zürcher Sportverbänden auf grosse Zustimmung.

Verstärkte Sicherheitsmassnahmen

Bereits die Anschläge von Personen aus dem Umfeld des sogenannten «Dschihadismus» im Januar des Berichtsjahres in der französischen Hauptstadt zwangen die Kantonspolizei, Massnahmen zum Schutz vor islamistischen Terroranschlägen zu ergreifen. Dies führte in den Bereichen Organisation, Personal und Material zu verschiedenen Anpassungen. So wurden etwa die Maschinenpistolen im ganzen Korps aufgerüstet sowie die strukturellen Vorbereitungen auf die Bewältigung von Grossereignissen überprüft und wo nötig angepasst. Unverzügliche zusätzliche Massnahmen wurden erforderlich nach den Terroranschlägen in Paris im November des Berichtsjahres. Ein besonderes Augenmerk galt dem Flughafen Zürich als grösster Schengen-Aussengrenze der Schweiz sowie den grossen Bahnhöfen in Zürich und Winterthur. Die Bewältigung dieser Aufgaben bedingte einen zusätzlichen Einsatz zahlreicher Mitarbeitender der Kantonspolizei und führte auch zu entsprechenden Überstunden. Namentlich das Erreichen des Korpsollbestands im ersten Quartal des Berichtsjahres verstärkte die Kantonspolizei Zürich spürbar.

Vorbereitet auf die Unterbringung einer wachsenden Anzahl von Flüchtlingen

Die angespannte Weltlage hat dazu beigetragen, dass in der Schweiz deutlich mehr Asylgesuche gestellt worden sind. Im Berichtsjahr wurden in der Schweiz 39 523 Asylgesuche gestellt. Im Vergleich zum gesamten Vorjahr bedeutet dies einen Anstieg um 66,3 Prozent. Die Schutzquote, also der Anteil von Asylgewährungen und vorläufigen Aufnahmen an den erstinstanzlichen Entscheiden, betrug 54 Prozent (2014: 58 Prozent).

Hauptherkunftsländer der Asylsuchenden waren Afghanistan, Eritrea und Syrien. Die Unterbringung der Asylsuchenden konnte mit dem bewährten Zweiphasensystem bewältigt werden. Eine unüblich hohe Zahl vom Bund zugewiesener Asylsuchender im vierten Quartal zwang die Sicherheitsdirektion, die Unterbringungsstrukturen der ersten Phase zu erweitern. So vergrösserte sich die Zahl der kantonalen Durchgangszentren im Berichtsjahr von 17 auf 21, wobei der Betrieb der zusätzlichen vier Standorte befristet ist. Anfang November musste die Sicherheitsdirektion die Aufnahmequote der Gemeinden auf Anfang 2016 von 5 auf 7 Asylsuchende pro 1000 Einwohner erhöhen.

03

Finanzdirektion

Überprüfung der kantonalen Informatik angeordnet und den Vergütungszins angepasst.

Unabhängige Überprüfung der Informatik des Kantons Zürich

Der Einsatz von Informatikmitteln und -dienstleistungen spielt für die Leistungserbringung der kantonalen Verwaltung eine wachsende Rolle, ihr Anteil an den Endprodukten wächst kontinuierlich. Die digitale Vernetzung und Integration sowie die verstärkte Nutzung mobiler Endgeräte wie Smartphones und Tablets nehmen seit Jahren ebenfalls zu. Deshalb hat der Regierungsrat die Finanzdirektion im Berichtsjahr mit der Durchführung einer externen, unabhängigen Überprüfung der kantonalen Informatik beauftragt. Diese wird im Jahr 2016 durchgeführt werden und soll eine unabhängige Gesamteinschätzung der Stärken und Schwächen der kantonalen Informatik erstellen. Sie soll den Nutzen der Informatik den Kosten gegenüberstellen und Massnahmen zur Optimierung beider Komponenten vorschlagen. Dabei werden insbesondere die folgenden vier IT-Bereiche analysiert: erstens Strategie, Steuerung und Organisation, zweitens die Grundversorgung, drittens Querschnittapplikationen und viertens ausgewählte Fachapplikationen.

Steuerämter passen den Vergütungszins an

Der Regierungsrat hat im Berichtsjahr den Vergütungszins neu festgelegt. Dieser sinkt ab 2016 von 1,5 auf 0,5 Prozent, nachdem auch die Verzinsung der Sparguthaben durch die Banken entsprechend gesunken ist. Der neue Ansatz liegt weiterhin über den üblichen Zinssätzen für Sparguthaben bei den Banken. Der Regierungsrat hält damit an seiner Absicht fest, den Steuerpflichtigen einen Anreiz zu bieten, die Steuern möglichst frühzeitig zu bezahlen, das heisst vor dem 30. September des jeweiligen Steuerjahres. Bis zu diesem Datum werden bereits einbezahlte Beträge mit 0,5 Prozent verzinst; ebenso vergütet das Steueramt mit diesem Zinssatz jene Beträge, die es aufgrund von tiefer ausgefallenen Schlussrechnungen zurückzahlt. Der Ansatz von 0,5 Prozent gilt auch für den Ausgleichszins: Diesen belastet das Steueramt für den Zeitraum vom 30. September bis zum Eintreffen der Schlussrechnung, soweit die definitiv ermittelte Steuer höher ist als die provisorisch bezahlte.

Gleich belassen hat der Regierungsrat schliesslich den Verzugszins für nicht rechtzeitig bezahlte definitive Steuerrechnungen: Er beträgt weiterhin 4,5 Prozent und wird säumigen Steuerpflichtigen nach 30 Tagen ab Zustellung der Schlussrechnung in Rechnung gestellt.

So viele Selbstanzeigen wie noch nie

Im Jahr 2014 hat das Steueramt des Kantons Zürich 1500 neue Selbstanzeigen von Steuerpflichtigen erhalten und 1400 Fälle abgeschlossen. Das sind so viele wie noch nie seit der Einführung der sogenannten Mini-Steueramnestie. Dem Kanton und den Gemeinden sind dadurch total 73 und dem Bund weitere 20 Millionen Franken an Nachsteuern zugeflossen. In 15 Fällen resultierte für Kanton, Gemeinden und Bund ein Steuerertrag von je mehr als einer Million Franken.

04

Volkswirtschaftsdirektion

Den Finanzplatz gefördert und die Eigentümerstrategie des Flughafens überprüft.

Zum Glück fahren Sie Velo

Die Koordinationsstelle Veloverkehr ist im Berichtsjahr erstmals an die Öffentlichkeit getreten. Unter anderem mit zwei sympathischen «Dankeschön-Aktionen» in Winterthur und Uster, wo Velofahrenden frühmorgens eine Flasche Wasser überreicht worden ist. Wer Velo fährt, hat alles inklusive: ein Fitnessabo, zündende Ideen und einen reservierten Sitzplatz. Das Velo – mit oder ohne Elektrohilfsantrieb – weist im Alltag für Wege von 5 bis 15 km grosses Potenzial auf. Mit der entsprechenden Infrastruktur bietet es zudem Vorteile hinsichtlich Zeit, Flexibilität und Komfort. Mit sicheren, attraktiven und direkten Verbindungen sowie genügend Veloabstellplätzen an den Zielorten, etwa bei ÖV-Haltstellen, macht Velofahren Freude!

Impulse für den Finanzplatz Zürich

Zürich zählt weltweit nach wie vor zu den fünf bedeutendsten Finanzplätzen, durchläuft jedoch einen tief greifenden Strukturwandel, der schon vor der Finanzkrise begann. Bis Ende 2016 wird mit leicht überdurchschnittlichen Wachstumsraten des Zürcher Finanzsektors gegenüber der Gesamtwirtschaft gerechnet. Die Branche bleibt die wichtigste des Wirtschaftsraums Zürich und jeder zehnte Arbeitsplatz im Kanton Zürich zählt zur Finanzbranche. Zu diesen Ergebnissen ist die Studie «Finanzplatz Zürich 2014/2015» des kantonalen Amtes für Wirtschaft und Arbeit und der Stadtentwicklung Zürich gekommen, die zu Beginn des Berichtsjahres vorgestellt worden ist.

Einen wichtigen Impuls für die hiesige Finanzbranche stellt die erfolgreiche Ansiedlung der China Construction Bank dar, um die sich der Kanton Zürich seit 2013 aktiv bemüht hat. Im November 2015 eröffnete die Bank ihre erste Filiale in Zürich. Sie hat als erste chinesische Bank eine Schweizer Banklizenz als Handelszentrum für die chinesische Währung Renminbi erhalten. Der Finanzplatz Zürich wird damit zu einer europäischen Drehscheibe für den Handel mit Renminbi.

Die Cluster-Strategie der kantonalen Standortförderung beinhaltet nicht nur die Stärkung des Finanzplatzes, sondern auch die Förderung anderer zukunftsträchtiger Branchen wie Life Sciences oder ICT. Diese Anstrengungen zeigen erste Früchte: Keine andere Branche der Zürcher Wirtschaft wies in den letzten Jahren ein so hohes relatives Wertschöpfungswachstum auf wie die Life Sciences.

Flughafenbericht in neuer Form erschienen

Im Berichtsjahr ist erstmals der «Flughafenbericht» erschienen, welcher neu sowohl die Berichterstattung zum Zürcher Fluglärm-Index (ZFI) sowie das Controlling der Eigentümerstrategie des Kantons Zürich für die Flughafen Zürich AG enthält.

Die Bevölkerung im Kanton Zürich wächst kontinuierlich, in den flughafennahen Gebieten wie beispielsweise dem Glattal sogar überdurchschnittlich. Dieses starke Wachstum der Wohnbevölkerung trägt wesentlich dazu bei, dass mehr Personen vom Fluglärm betroffen sind. Vor allem die Zunahme der Flugbewegungen nach 22 Uhr und die ungünstigere Routenbelegung nachts haben zum Anstieg des ZFI beigetragen. Dieser hat um rund 7 Prozent auf 61 381 Personen im Jahr 2014 zugenommen und überschreitet somit den Richtwert um rund 14 000 Personen. Etwas Entlastung könnten modernere Triebwerke und die geplante Beschaffung neuer Langstreckenflugzeuge, insbesondere durch die Swiss, bringen. Die Anzahl Flugbewegungen ist insgesamt stabil geblieben und liegt mit rund 265 000 rund 18 Prozent tiefer als im Jahr 2000 sowie deutlich unter dem Schwellenwert von 320 000, bei welchem gemäss Flughafengesetz Beschränkungen zu prüfen wären.

Im Berichtsjahr hat der Regierungsrat die Eigentümerstrategie für die Beteiligung an der Flughafen Zürich AG überarbeitet. Darin legt er strategische Ziele in den Bereichen verkehrs- und volkswirtschaftliche Bedeutung des Flughafens Zürich, Umweltschutz, Unternehmensführung und Beziehungspflege fest. Das Strategiecontrolling hat ergeben, dass diese Ziele vollständig erreicht worden sind. In Bezug auf die globale Erreichbarkeit hat der Flughafen Zürich das Ziel eines achten Platzes übertroffen und bei der kontinentalen Erreichbarkeit erfüllt. Auch hinsichtlich Qualität wurden die Ziele der Eigentümerstrategie übertroffen.

05

Gesundheitsdirektion

Die Optimierung des Rettungswesens aufgegleist, die Psychiatrien auf ihre Selbstständigkeit vorbereitet und Spitalplanung über Kantonsgrenzen hinweg gestartet.

Optimierung der Gesundheitsversorgung

Patientengerechte und wettbewerbsfreundliche Strukturen, Transparenz und klare Zuständigkeiten – das sind die Stärken des Zürcher Gesundheitssystems. Das Gesundheitswesen des Kantons erhält heute gute Noten. Und so soll es bleiben. Dank zielgerichtetem Handeln, denn nichts ist so perfekt, dass sich nichts mehr verbessern liesse – zum Beispiel an den Schnittstellen, von denen das Gesundheitswesen ausserordentlich viele aufweist. Ein Beispiel für diese «Schnittstellenarbeit» und für eine gezielte qualitätsorientierte Optimierung der Gesundheitsversorgung ist das Rettungswesen.

Die Gesundheitsdirektion hat im Berichtsjahr das Projekt zur weiteren Optimierung des Rettungswesens im Kanton Zürich vorangetrieben – auf der Grundlage des im Tagesgeschäft und bei Grossereignissen grundsätzlich gut funktionierenden bisherigen Regimes. Es kann und soll aber – auch im Hinblick auf zukünftige Anforderungen – weiter optimiert werden. So wird heute ein Patient nicht immer von dem Fahrzeug abgeholt, das am nächsten ist, und nicht immer wird er in das Spital gefahren, das am schnellsten erreichbar ist. Dem könnte in Zukunft mit der «Nächst-Best-Strategie» entgegengewirkt werden.

Die Gesundheitsdirektion hat alle Akteure (Einsatzleitzentrale, Rettungsdienste, Ärzteschaft, Spitäler, Gemeinden) von Anfang an in das Projekt miteinbezogen – sodass im Interesse der Zürcher Bevölkerung Schnittstellen zu Nahtstellen werden.

Die kantonalen Psychiatrien auf dem Weg in die Selbstständigkeit

Die Rahmenbedingungen für die Spitäler in der Schweiz haben sich seit 2012 mit dem revidierten Krankenversicherungsgesetz (KVG) grundlegend verändert: Die Patientinnen und Patienten verfügen heute über eine schweizweite Spitalwahlfreiheit, sodass die Spitäler verstärkt in einem Konkurrenzverhältnis zueinander stehen. Zudem müssen sie ihren Betrieb und ihre Investitionen über ihre Tarife vollständig selbst finanzieren. Der Kanton Zürich wie auch andere Kantone sind deshalb bestrebt, für ihre Spitäler die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen.

Für die kantonalen psychiatrischen Spitäler hat der Kantonsrat in einer Motion die Verselbstständigung verlangt. Die entsprechenden Projekte sind im Berichtsjahr wichtige Schritte vorangekommen. So wird einerseits für die nicht universitäre Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland (ipw) die Rechtsform einer Aktiengesellschaft angestrebt. Damit hat die ipw für die Zukunft eine gute und flexible Ausgangslage. Zudem kann sich der Kanton langfristig aus der Eigentümerrolle zurückziehen und die heute bestehenden Rollenkonflikte lösen. Andererseits sind die beiden universitären psychiatrischen Spitäler, der Kinder- und Jugendpsychiatrische Dienst und die Psychiatrische Universitätsklinik Zürich (PUK), auf Anfang 2016 in einem ersten Schritt auf dem Weg zur Verselbstständigung fusioniert worden. Da im universitären Bereich Versorgung, Lehre und Forschung eng miteinander verwoben sind, ist bei der PUK eine direkte strategische Steuerung und Koordination durch den Kanton weiterhin sinnvoll. Deshalb wird für sie die Rechtsform einer selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt angestrebt.

Spitalplanung Rehabilitation über die Kantonsgrenzen hinweg

Die Revision des KVG aus dem Jahr 2007 verpflichtet die Kantone – von der Öffentlichkeit kaum beachtet – ausdrücklich zur Koordination ihrer Planungen. Dazu müssen sie die Patientenströme kennen und ihre eigenen Kapazitäten mit jenen der Nachbarkantone koordinieren. Was in der Theorie einleuchtend und klar tönt, ist in der Umsetzung mit etlichen Schwierigkeiten behaftet. So darf nach bundesverwaltungsgerichtlicher Rechtsprechung ein Planungskanton ohne Koordination mit anderen betroffenen Kantonen nicht zusätzliche Kapazitäten für ausserkantonale Nachfrage schaffen.

Es ist nun an den Kantonen, diesen Anforderungen im Planungsalltag nachzukommen. Die Kantone Aargau, Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, Glarus, Graubünden, St. Gallen, Schaffhausen, Thurgau und Zürich haben sich deshalb entschlossen, unter der Federführung des Kantons Zürich eine gemeinsame Rehabilitationsplanung in Angriff zu nehmen. Vorerst sollen, als erster Schritt auf dem Weg zu einer koordinierten Planung, einheitliche Leistungsgruppen definiert werden. Im weiteren Verlauf des Projekts wird sich zeigen, ob gar eine gemeinsame Planung realisiert werden kann.

Grünes Licht für Impfungen in Apotheken im Kanton Zürich

Mit der Erweiterung der Impfmöglichkeiten trägt der Kanton Zürich dem Interesse der öffentlichen Gesundheit Rechnung: Wer sich gegen Grippe impfen lassen will, kann dies seit September des Berichtsjahres auch direkt in der Apotheke tun. Ausserdem dürfen Apothekerinnen und Apotheker, die über die entsprechende Bewilligung verfügen, ohne ärztliche Verschreibung gesunde Personen ab 16 Jahren auch gegen Frühsommer-Meningoenzephalitis (Hirnhautentzündung nach Zeckenbiss) impfen und Hepatitis-Folgeimpfungen vornehmen. Das zusätzliche niederschwellige Impfangebot im Kanton kann dazu beitragen, die Durchimpfungsrate zu steigern.

06

Bildungsdirektion

Den Lehrermangel bekämpft, die Zufriedenheit der Schulleitenden verbessert und schulärztliche Richtlinien vereinheitlicht.

Zweisprachige Maturität bewährt sich

Die beiden Kantonsschulen Freudenberg und Zürich Nord starteten vor vier Jahren den Pilotversuch Zweisprachige Maturität Deutsch/Französisch. An beiden Schulen ist das Angebot kombiniert mit einem Fremdsprachenaufenthalt an einem Gymnasium in der Westschweiz. Der Aufenthalt dauert maximal ein Semester und schliesst das Wohnen in einer Gastfamilie mit ein. Für die Schülerinnen und Schüler ist der Sprachaufenthalt ein wichtiger Motor für das Sprachenlernen; sie konnten ihre Französischkenntnisse verbessern und fühlten sich danach reifer und unabhängiger. Allfällige schulische Wissenslücken in Sachfächern vermochten die aus der Romandie zurückkehrenden Jugendlichen bis zur Maturität wieder auszugleichen. Der Bildungsrat des Kantons Zürich hat im Berichtsjahr beschlossen, das Angebot in den Regelbetrieb überzuführen. Die Einführung des Angebots steht allen Zürcher Kantonsschulen offen.

Alle Klassenlehrerstellen besetzt

Insgesamt unterrichten im Kanton Zürich knapp 16000 Lehrpersonen auf Kindergarten-, Primar- und Sekundarstufe. Im Berichtsjahr verlief die Stellenbesetzung einfacher als in den Vorjahren. Insbesondere dank der Quereinsteigerausbildung gab es für die Primar- und Sekundarstufe genügend Bewerberinnen und Bewerber. An der Volksschule des Kantons Zürich konnten somit auf Beginn des Schuljahres 2015/16 alle Klassenlehrerstellen besetzt werden.

Anspruchsvoller erwies sich die Stellenbesetzung auf der Kindergartenstufe, was insbesondere auf die starke Zunahme an Kindern auf dieser Stufe und den entsprechenden Mehrbedarf an Lehrpersonen zurückzuführen ist. Besuchten im Schuljahr 2010/11 noch rund 27 000 Kinder den Kindergarten, so sind es im Schuljahr 2015/16 bereits über 30 000. In den kommenden Jahren wird die Zunahme an Kindern im Kindergarten kleiner sein, während die ersten kinderreichen Jahrgänge in die Primarschule hineinwachsen. Auf der Sekundarstufe werden die Schülerzahlen in den nächsten Jahren vorerst relativ stabil bleiben.

Hohe Berufszufriedenheit von Lehrpersonen und Schulleitenden

Seit 2010 befragt die Bildungsdirektion die austretenden Lehrpersonen und Schulleitenden über ihre Zufriedenheit mit der Arbeit und die Gründe für ihren Austritt. Die Trendanalyse der fünf Befragungen von 2010 bis 2014 zeigt eine positive Entwicklung. Die Berufszufriedenheit der Lehrpersonen und Schulleitenden hat sich demnach in verschiedenen Aspekten verbessert. Deutlich zufriedener sind die Befragten mit dem Lohn, den Anstellungsbedingungen und den Weiterbildungsmöglichkeiten. Positiv entwickelt hat sich in den letzten fünf Jahren auch die Beurteilung der zeitlichen Beanspruchung. Sie wird mehrheitlich als angemessen empfunden. Auch die Wertschätzung durch die direkten Vorgesetzten hat sich positiv entwickelt. Die meisten dieser positiven Trends sind bei den Lehrpersonen aller Altersgruppen zu beobachten.

Die Hauptgründe für den Austritt aus dem Lehrberuf und der Schulleitungsfunktion haben sich in den letzten Jahren markant verändert. Gestiegen ist in erster Linie die Zahl der Schulaustritte infolge von Pensionierungen, Wohnortswechseln und Auslandsaufenthalten. Deutlich zurückgegangen sind die Kündigungen aufgrund von als unzureichend wahrgenommenen Entwicklungsmöglichkeiten. Insbesondere werden Veränderungen in der Volksschule kaum noch als Austrittsgründe genannt.

Einheitliche Vorgaben für schulpsychologische und schulärztliche Dienste

Der Regierungsrat hat im Berichtsjahr mit einer Änderung der Volksschulverordnung den schulpsychologischen Dienst und die schulärztlichen Untersuchungen in verschiedenen Punkten neu geregelt. So soll die Vorsorgeuntersuchung auf der Kindergartenstufe an Privatärztinnen und Privatärzte delegiert werden. Die Schulärztin oder der Schularzt untersuchen nur dann, wenn kein privatärztlicher Untersuchungsbericht vorliegt. Wieder eingeführt wird der Untersuchungsbericht auf der Mittelstufe, wobei die freie Arztwahl garantiert bleibt. Ziel ist es, die Qualität des schulpsychologischen und schulärztlichen Dienstes weiter zu vereinheitlichen.

07

Baudirektion

Rohstoffe zurückgewonnen, die elektronischen Baubewilligungen vorbereitet und Strassen sicherer gemacht.

Rückgewinnung von Phosphor aus dem Klärschlamm

Der Kanton Zürich und die Schweiz sind arm an natürlich vorkommenden Rohstoffen. Doch das Konzept des sogenannten Urban Mining bringt eine andere, erweiterte Wahrnehmung mit sich, die zum genau umgekehrten Schluss führt: Wir leben in einem rohstoffreichen Land, und diese Erkenntnis gilt es konsequent zu nutzen.

Auf dem Areal der Abwasserreinigungsanlage Werdhölzli der Stadt Zürich konnte die zentrale Klärschlammverwertungsanlage (KSV) in Betrieb genommen werden. Der Klärschlamm wird dezentral auf den Abwasserreinigungsanlagen entwässert und aus dem ganzen Kanton zur thermischen Verwertung der KSV zugeführt. Neben einer optimalen Nutzung der Energie wird damit eine wichtige Voraussetzung für die Wiederverwertung des im Klärschlamm enthaltenen Phosphors geschaffen. Im Berichtsjahr konnte nun vorerst im Labormassstab nachgewiesen werden, dass es möglich ist, aus der Klärschlammmasche Phosphorsäure herzustellen.

Elektronische Plattform für Baugesuche entsteht

Pro Jahr werden im Kanton Zürich etwa 14 500 Baugesuche eingereicht, deren rund 3300 durch den Kanton beurteilt werden. Besonders bei Unternehmen besteht das Bedürfnis, Baugesuche einfacher und elektronisch einzureichen sowie sich über den Stand der Abwicklung informieren zu können. Aber auch verschiedene Gemeinden und der Kanton selbst haben ein Interesse, für die effiziente Abwicklung der Baubewilligungen künftig unterstützend elektronische Dokumente zu nutzen.

Mit dem neuen digitalen Werkzeug können Bauherren künftig ihre Baugesuchsunterlagen digital über ein Internetportal einreichen und sich dort laufend über den Bearbeitungsstand des Gesuchs informieren. Die Gemeinden erhalten eine Mitteilung und können die Unterlagen automatisch in ihre Gemeindesoftware integrieren. Basierend auf einer Machbarkeitsstudie hat die Regierung im November des Berichtsjahres die notwendigen Ressourcen für die elektronische Plattform für Baugesuche genehmigt.

Sicherere Strassen

Im Rahmen von «Via sicura», dem Handlungsprogramm für mehr Sicherheit im Strassenverkehr, hat der Bund die Rahmenbedingungen für sichere Strassen neu explizit im Strassenverkehrsgesetz verankert. Den Anliegen der Verkehrssicherheit ist demnach bei Planung, Bau, Unterhalt und Betrieb von Strassen gebührend Rechnung zu tragen. Das Strassennetz muss auf Unfallschwerpunkte und Gefahrenstellen hin analysiert und – wo nötig – angemessen saniert werden. Unter der Leitung des Tiefbauamts wurde im Berichtsjahr zusammen mit der Kantonspolizei und dem Amt für Verkehr das Konzept für die Umsetzung auf den Staatsstrassen erarbeitet.

Dynamische, stromsparende Strassenbeleuchtung

Die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) und das kantonale Tiefbauamt starten ein europaweit einmaliges Pilotprojekt. Seit dem Herbst des Berichtsjahres testen sie gemeinsam die zweite verkehrsabhängige, dynamische Beleuchtungssteuerung. Sie ist ein Nachfolgeprojekt des in Regensdorf getesteten «vorauseilenden Lichts». Das Projekt verspricht Stromeinsparungen von rund 30 Prozent. Auf einer rund einen Kilometer langen Teststrecke in Urdorf misst ein Sensor den Verkehrsfluss, woraufhin 27 LED-Leuchten ihre Leuchtstärke anpassen.

08

Staatskanzlei

Die Regierungsziele formuliert, den «Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan» weiterentwickelt und den elektronischen Umzug getestet.

Freie Behörden Daten

Im Auftrag des Regierungsrates ist Anfang des Berichtsjahres eine Koordinationsstelle für Open Government Data (OGD) eingerichtet worden. Sie begleitet koordinierend und unterstützend während der Aufbauphase 2015 und 2016 die vom Regierungsrat beschlossene Erweiterung des Angebots an offenen Behörden Daten (Open Government Data). Zu den bisher wichtigsten Anbietern zählen das Statistische Amt sowie das GIS-Zentrum (Geo-Daten). Das OGD-Angebot des Kantons Zürich wird in Zusammenarbeit mit dem Bund publiziert.

Bilanz über die abgeschlossene und Ziele für die neue Legislatur

Im Januar hat der Regierungsrat mit dem «Legislativbericht 2011–2015» Bilanz gezogen und Bericht erstattet über die vergangene Legislatur. Dabei hat er erstmals eine systematische Berichterstattung über das Erreichen der langfristigen Ziele des Kantons und der Legislaturziele des Regierungsrates vorgenommen. Der Legislativbericht ist zugleich die erste Publikation des Regierungsrates, die im neuen Corporate Design erschienen ist.

Im Sommer hat der Regierungsrat, ausgehend von einer umfassenden Lagebeurteilung, seine neuen Legislaturziele und die Massnahmen zu ihrer Umsetzung festgelegt. Diese bilden die Schwerpunkte der Regierungstätigkeit bis 2019. Die Staatskanzlei hat das Verfahren von der Erarbeitung der materiellen Grundlagen über die Moderation von Workshops und Koordination der fachlichen Inputs bis hin zur Veröffentlichung der Broschüre «Richtlinien der Regierungspolitik 2015–2019» geführt.

Weiterentwicklung des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans

In einem breit abgestützten Verfahren ist der Konsolidierte Entwicklungs- und Finanzplan (KEF) in den vergangenen zwei Jahren übersichtlicher, schlanker und aussagekräftiger gestaltet worden. Im September des Berichtsjahres ist er erstmals in neuer Form erschienen. Im neu konzipierten KEF ist der Regierungsrat besser als Gestalter der Planung und Budgetierung erkennbar, weil alle übergeordneten Kapitel im «Teil I Planung des Regierungsrates» zusammengefasst worden sind. Neu wird auch klarer dargestellt, wofür die Direktionen und Leistungsgruppen Mittel beantragen, indem einerseits Informationen über Aufgaben und Entwicklungsschwerpunkte mehr Gewicht erhalten und andererseits die Entwicklung der Erfolgsrechnung systematisch mit den Aufgaben und Entwicklungsschwerpunkten verknüpft ist. Der Umfang des KEF ist von fast 700 auf rund 350 Seiten verringert worden, indem er stärker auf entscheidungsrelevante Inhalte eingegrenzt worden ist. Nicht zuletzt hat er ein zeitgemässes Erscheinungsbild erhalten.

Elektronischer Umzug erfolgreich getestet

Die Staatskanzlei und die Direktion der Justiz und des Innern sind mit der Umsetzung des Projekts «eUmzugZH» beauftragt worden. Mit dem Vorhaben können Einwohnerinnen und Einwohner im Kanton Zürich den Umzug elektronisch und ohne Medienbruch abwickeln. Die Stabsstelle E-Government hat die systemtechnischen, zentralen Elemente der Verbundlösung «eUmzugZH» in Zusammenarbeit mit dem Gemeindeamt der Direktion der Justiz und des Innern sowie den Gemeinden auf der kantonalen Transaktionsplattform ZHservices aufgebaut. Grundlage hierfür ist ein schweizweiter Standard. Im Herbst des Berichtsjahres sind die ersten Abnahmetests erfolgreich durchgeführt worden. Die Einführung des Online-Angebots ist für Frühling 2016 geplant.

Finanzen im Überblick



Eckwerte

	Rechnung 2015 Mio. Franken	Budget 2015 Mio. Franken	Rechnung 2014 Mio. Franken	Differenz Absolut	Rechnung 2014/2015 %
Erfolgsrechnung					
Betrieblicher Ertrag	14 469	14 350	13 837	632	4.6
Betrieblicher Aufwand	-14 638	-14 653	-14 272	-366	-2.6
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	-169	-303	-435	266	61.1
Finanzertrag	369	367	454	-85	-18.7
Finanzaufwand	-182	-137	-142	-40	-28.2
Finanzergebnis	187	229	312	-125	-40.1
Ausserordentliches Ergebnis	-	100	-	-	n. a.
Jahresergebnis	18	27	-123	141	>100.0
Investitionsrechnung					
Investitionseinnahmen	168	135	577	-409	-70.9
Investitionsausgaben	-1 249	-1 340	-1 018	-231	-22.7
Nettoinvestitionen	-1 081	-1 205	-441	-641	>100.0
Bilanz					
Umlaufvermögen (UV)	4 795		6 190	-1 395	-22.5
– Finanzvermögen UV	4 795		6 190	-1 395	-22.5
Anlagevermögen (AV)	15 585		15 171	414	2.7
– Finanzvermögen	1 102		1 108	-6	-0.5
– Verwaltungsvermögen	14 483		14 063	420	3.0
Total Aktiven	20 380		21 361	-981	-4.6
Kurzfristiges Fremdkapital	-4 636		-5 042	406	8.1
Langfristiges Fremdkapital	-7 366		-7 969	602	7.6
Eigenkapital	-8 378		-8 351	-27	-0.3
Total Passiven	-20 380		-21 361	981	4.6
Geldflussrechnung					
Geldfluss aus betrieblicher Tätigkeit	714		-255	969	>100.0
Geldfluss aus Investitionstätigkeit	-1 087		-63	-1 023	>100.0
Geldfluss vor Finanzierungstätigkeit	-373		-319	-54	-16.9
Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit	-799		849	-1 649	>100.0
Zunahme flüssige Mittel	-1 172		531	-1 703	>100.0
Kennzahlen					
Selbstfinanzierungsgrad in %	63.0		123.1		
Verschuldung	5 419		5 009		

Vergleich Rechnung 2015 mit Rechnung 2014

Die Erfolgsrechnung 2015 schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 18 Mio. Franken und damit um 141 Mio. Franken besser ab als 2014.

Das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit ist um 266 Mio. Franken besser als im Vorjahr ausgefallen.

Das Finanzergebnis ist um 125 Mio. Franken schlechter als im Vorjahr ausgefallen.

Die Nettoinvestitionen 2015 betragen 1081 Mio. Franken und liegen damit 641 Mio. Franken über dem Vorjahr. Die Investitionsausgaben sind mit 1249 Mio. Franken um 231 Mio. Franken höher als im Vorjahr. Hauptursache ist der Bezug von 500 Mio. Franken zusätzlichem Dotationskapital durch die Zürcher Kantonalbank. Dieser Bezug wird teilweise durch tiefere Investitionsausgaben der Direktionen kompensiert. So weist die Bildungsdirektion Minderausgaben von knapp 170 Mio. Franken gegenüber dem Vorjahr aus, vor allem als Folge von Projektverzögerungen. Die Investitionseinnahmen betragen im Berichtsjahr 168 Mio. Franken und sind damit um 409 Mio. Franken tiefer als im Vorjahr. Die Verschlechterung ist vor allem auf tiefere Darlehensrückzahlungen zurückzuführen, die im Vorjahr u. a. wegen der Auflösung der als Darlehen geführten Regressforderung von rund 300 Mio. Franken gegenüber der Flughafen AG sehr hoch waren.

Vergleich Rechnung 2015 mit Budget 2015

Die Erfolgsrechnung 2015 hat um 9 Mio. Franken schlechter als budgetiert abgeschlossen. Dabei hat sich das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit um 134 Mio. Franken verbessert.

Das Finanzergebnis ist um 42 Mio. Franken schlechter als budgetiert ausgefallen.

Das ausserordentliche Ergebnis hat sich gegenüber dem Budget um 100 Mio. Franken verschlechtert. Das liegt daran, dass im Budget die pauschale Verbesserung des Kantonsrates eingestellt war, die in der Rechnung entfällt.

Die Nettoinvestitionen 2015 liegen um 124 Mio. Franken unter dem Budget. Die Investitionseinnahmen sind um 33 Mio. Franken höher, die Investitionsausgaben um 91 Mio. Franken tiefer als budgetiert.

Eigenkapital und mittelfristiger Haushaltsausgleich 2008–2015

Als Folge der praktisch ausgeglichenen Erfolgsrechnung 2015 bleibt das Eigenkapital stabil und beträgt rund 8,4 Mrd. Franken.

Über die Jahre 2008–2015 ist ein kumulierter Aufwandüberschuss von knapp 1,4 Mrd. Franken zu verzeichnen. Dabei wird für das Jahr 2008 das vom Kantonsrat genehmigte Rechnungsergebnis gemäss Finanzhaushaltsgesetz verwendet (§ 51 FCV). Aufgrund der mit Vorlage 4851, Sanierung der Versicherungskasse für das Staatspersonal, beschlossenen und in der Volksabstimmung vom 3. März 2013 bestätigten Regelung wird die Rückstellung für die Sanierung der kantonalen Pensionskasse BVK im Umfang von 2,6 Mrd. Franken im Jahr 2011 nicht (1,6 Mrd. Franken) oder erst mit Verzögerung in den mittelfristigen Ausgleich eingerechnet. Zudem wurde mit KR-Nr. 245/2015 festgelegt, dass die im Berichtsjahr erstmals von der ZKB auszurichtende Abgeltung der Staatsgarantie von 21 Mio. Franken nicht dem mittelfristigen Haushaltsausgleich angerechnet wird. Ohne diese Spezialregelungen würde der mittelfristige Ausgleich der Erfolgsrechnung um 652 Mio. Franken verfehlt.

Geldflussrechnung

Im Berichtsjahr haben die flüssigen Mittel um 1172 Mio. Franken abgenommen. Aus betrieblicher Tätigkeit sind dem Staatshaushalt 714 Mio. Franken zugeflossen, aus Investitionstätigkeit sind 1087 Mio. Franken abgeflossen, wobei in dieser Summe das von der Kantonalbank bezogene Dotationskapital von 500 Mio. Franken enthalten ist. Dazu kommen Abflüsse aus Finanzierungstätigkeit von 799 Mio. Franken.

Im Vorjahr nahmen die flüssigen Mittel um 531 Mio. Franken zu.

Kennzahlen

Im Berichtsjahr beläuft sich der Selbstfinanzierungsgrad auf 63 Prozent. Damit konnten die Nettoinvestitionen nur zu knapp zwei Dritteln aus Mitteln der Erfolgsrechnung finanziert werden. Entsprechend hat die Verschuldung – definiert als Fremdkapital abzüglich Finanzvermögen – um 410 Mio. Franken zugenommen und liegt jetzt bei rund 5,4 Mrd. Franken. Ohne den Bezug von 500 Mio. Franken zusätzlichem Dotationskapital durch die Zürcher Kantonalbank hätten die Nettoinvestitionen wie in den Vorjahren vollständig aus eigenen Mitteln finanziert werden können.

Finanzpolitische Beurteilung

Nach den leichten Defiziten in den beiden Vorjahren konnte 2015 wieder eine schwarze Null geschrieben werden. Geholfen hat, dass die Steuererträge 2015 so hoch wie noch nie ausgefallen sind. Das ist insofern bemerkenswert, als ein hoher Arbeitsrückstand dazu führte, dass Quellensteuererträge von rund 100 Mio. Franken den Steuerpflichtigen nicht in Rechnung gestellt und deshalb auch nicht in der Rechnung 2015 verbucht werden konnten.

Der mittelfristige Ausgleich über die letzten acht Jahre ist mit einem kumulierten Ertragsüberschuss von weit über einer Milliarde Franken weiterhin klar erreicht. Zudem zeugen Kennzahlen wie das Eigenkapital und die Verschuldung von einer soliden Verfassung des kantonalen Finanzhaushaltes. Die Rating-Agenturen Standard&Poor's und Fitch vergeben dem Kanton Zürich weiterhin die Höchstnote.

Weniger erfreulich ist der Ausblick. Der KEF 2016–2019 vom 15. September 2015 hat gezeigt, dass der mittelfristige Ausgleich 2012–2019 planerisch um rund 1,8 Mrd. Franken verfehlt wird. Der Regierungsrat hat sich zum Ziel gesetzt, mit der Leistungsüberprüfung 2016 den mittelfristigen Ausgleich 2013–2020 wieder zu erreichen.

Saldo Erfolgsrechnung 2015 pro Direktion

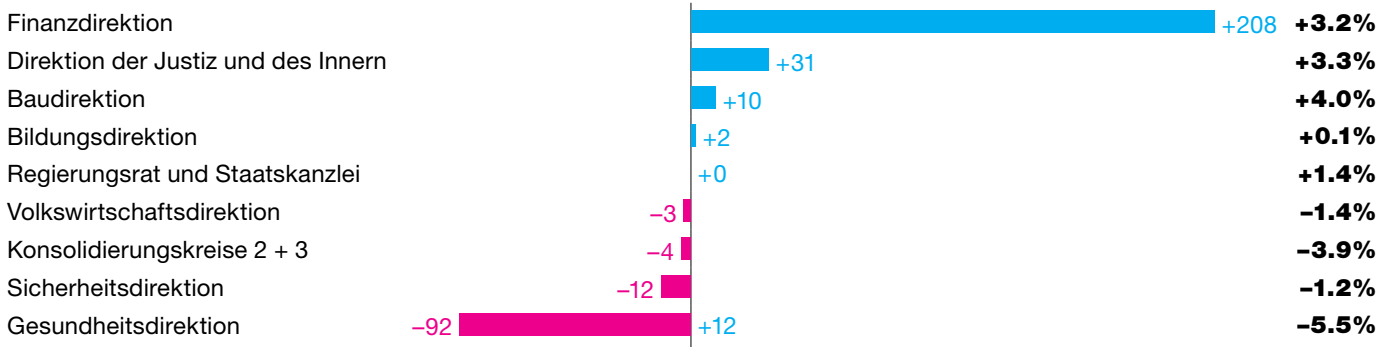
Abweichung gegenüber Budget 2015, in Mio. Franken

Abweichung Saldo insgesamt: -9 Mio. Franken



Abweichung gegenüber Rechnung 2014, in Mio. Franken

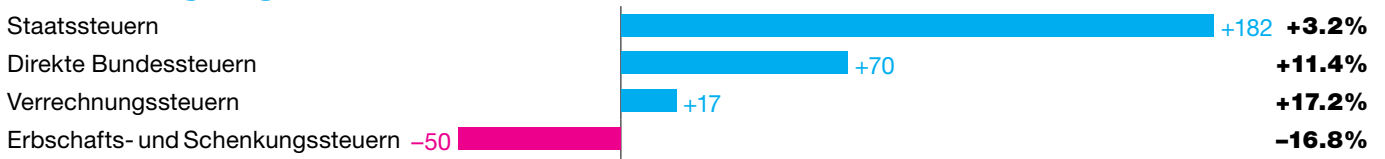
Abweichung Saldo insgesamt: +141 Mio. Franken



Nettosteuererträge 2015

Abweichung gegenüber Rechnung 2014, in Mio. Franken

Abweichung insgesamt: +218 Mio. Franken



Personal- und Lohnstatistik

Personalaufwand¹

	2015 Fr.	2014 Fr.	Differenz %
Löhne ²			
300 Behörden, Kommissionen und Richter/innen			
3000 Löhne Behörden, Richter/innen	3 920 420	3 557 009	10.2
3001 Vergütungen an Behörden, Kommissionen, Richter/innen	15 848 251	2 824 648	461.1
301 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
3010 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	1 375 343 986	1 356 419 165	1.4
302 Löhne der Lehrkräfte			
3020 Löhne der Lehrkräfte	654 116 516	645 020 958	1.4
Total Löhne	2 049 229 173	2 007 821 780	2.1
303 Temporäre Arbeitskräfte	6 808 076	6 618 237	2.9
304 Zulagen			
3040 Kinderzulagen	0	18	-100.0
3041 Familienzulagen	0	0	-
3042 Verpflegungszulagen	15 950 718	15 576 148	2.4
3043 Wohnungszulagen	0	900	-100.0
3049 Übrige Zulagen	80 319	36 322	121.1
Total Zulagen	16 031 037	15 613 388	2.7
305 Arbeitgeberbeiträge			
3050 AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten	129 723 967	127 361 870	1.9
3051 AG-Beiträge an eigene Pensionskassen	0	34 863 110	-100.0
3052 AG-Beiträge an andere Pensionskassen	226 250 664	188 024 244	20.3
3053 AG-Beiträge an Unfallversicherungen	10 893 674	10 673 609	2.1
3054 AG-Beiträge an Familienzulagekassen	22 919 271	24 502 553	-6.5
3059 Übrige AG-Beiträge ³	6 477 613	-97 653 392	-
Total Arbeitgeberbeiträge	396 265 190	287 771 994	37.7
306 Arbeitgeberleistungen			
3060 Ruhegehälter	4 383 405	83 739 251	-94.8
3061 Renten oder Rentenanteile	0	32 854	-100.0
3062 Teuerungszulagen auf Renten und Rentenanteile	0	0	-
3063 Unfallrenten und Rentenablösungen	40 001	40 001	0.0
3064 Überbrückungsrenten	6 435 291	5 091 559	26.4
3069 Übrige Arbeitgeberleistungen	14 726	-29 715	-
Total Arbeitgeberleistungen	10 873 422	88 873 950	-87.8
309 Übriger Personalaufwand			
3090 Aus- und Weiterbildung des Personals	14 345 877	14 431 793	-0.6
3091 Personalwerbung	2 563 669	3 159 814	-18.9
3099 Übriger Personalaufwand	4 954 536	4 805 034	3.1
Total übriger Personalaufwand	21 864 082	22 396 641	-2.4
Total Personalaufwand Direktionen und Staatskanzlei¹	2 501 070 980	2 429 095 990	3.0

¹ Die Personal- und Lohnstatistik beschränkt sich auf die dem Regierungsrat unterstellten Direktionen und die Staatskanzlei, d.h., die Behörden, die Rechtspflege, die selbstständigen und unselbstständigen Anstalten sind nicht Bestandteil der Statistik.

² Die Festlegungen zur Lohnentwicklung berücksichtigen die Lohnentwicklung bei Arbeitgebern mit Bedeutung für den Wirtschaftsraum Zürich (UBS-Lohnumfragen), den kantonalen Finanzhaushalt und die Vorjahres-Lohnrunden der deutschsprachigen kantonalen Verwaltungen. In der nachfolgenden Tabelle sind die Werte der UBS-Lohnumfrage der letzten sechs Jahre im Vergleich zu den Lohnrunden des Kantons (mit Teuerung, ohne Einmalzulagen) aufgeführt.

³ Von der in der Rechnung 2011 gebildeten Rückstellung für die während der Sanierungsdauer vom Kanton zu leistenden Sanierungsbeiträge an die BVK wurden in der Rechnung 2015 keine Rückstellungen aufgelöst (in der Rechnung 2014 wurden hingegen 103 Mio. Franken aufgelöst).

Lohnaufwand, Beschäftigungsumfang, Anzahl Anstellungsverhältnisse

Amts-Nr./Bereich	Lohnaufwand ¹ 2015	Lohnaufwand ¹ 2014
Total Direktionen und Staatskanzlei	2 047 596 727	2 006 351 726
1 Regierungsrat und Staatskanzlei	9 869 939	9 720 669
2 Direktion der Justiz und des Innern	188 347 736	186 701 985
3 Sicherheitsdirektion	451 162 688	446 313 536
4 Finanzdirektion ⁴	105 790 792	103 730 723
5 Volkswirtschaftsdirektion	75 562 985	72 442 616
6 Gesundheitsdirektion	240 775 880	239 780 559
7 Bildungsdirektion	815 948 542	790 764 478
8 Baudirektion	160 138 165	156 897 160

Amts-Nr./Bereich	Angestellte	Anzahl Anstellungsverhältnisse per 31. Dezember 2015			
		Frauen	Männer	Vollzeit ²	Teilzeit ³
Total Direktionen und Staatskanzlei	37 400	22 940	14 460	14 675	22 725
1 Regierungsrat und Staatskanzlei	68	23	45	42	26
2 Direktion der Justiz und des Innern	1 926	932	994	1 257	669
3 Sicherheitsdirektion	4 888	1 730	3 158	3 629	1 259
4 Finanzdirektion ⁴	981	451	530	754	227
5 Volkswirtschaftsdirektion	813	454	359	620	193
6 Gesundheitsdirektion	3 122	1 960	1 162	1 315	1 807
7 Bildungsdirektion	23 882	16 880	7 002	5 931	17 951
8 Baudirektion	1 720	510	1 210	1 127	593

UBS-Lohnumfrage 2010 bis 2015 und Lohnrunde Kanton Zürich

Jahr	UBS-Lohnumfrage Prognose Wert Lohnrunde	UBS-Lohnumfrage Tatsächlicher Wert Lohnrunde	Lohnrunde Kanton Zürich
2010	0.82%	1.10%	0.6%
2011	1.58%	1.49%	1.5%
2012	1.12%	1.00%	0.9%
2013	0.79%	0.94%	0.4%
2014	0.93%	1.02%	0.4%
2015	0.93%	0.80%	0.6%

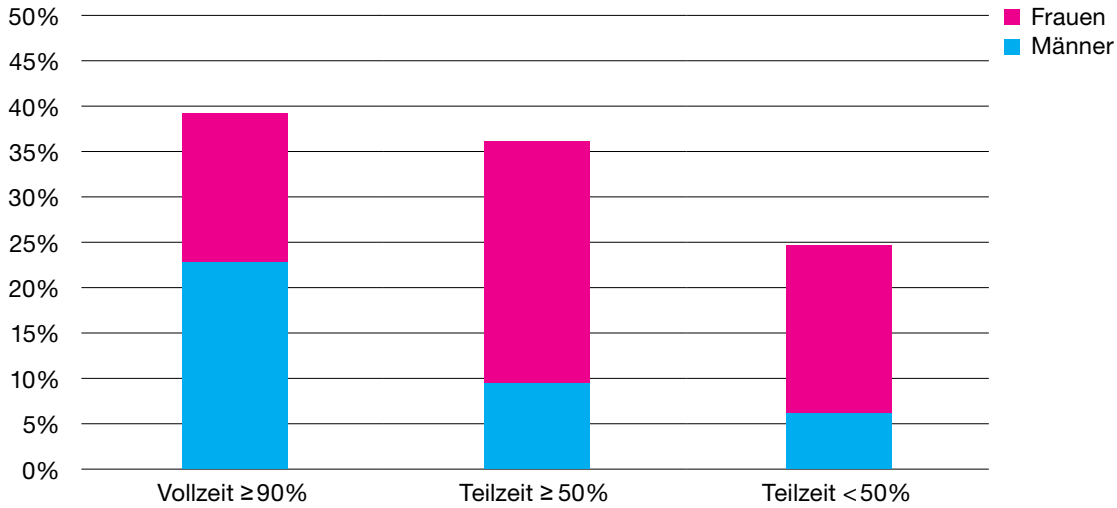
¹ Lohnaufwand ohne Sanierungsprogramme (Finanzdirektion), Berufsbildungsfonds (Bildungsdirektion) und Natur- und Heimatschutzfonds (Baudirektion)

² Vollzeit = Beschäftigungsgrad \geq 90%

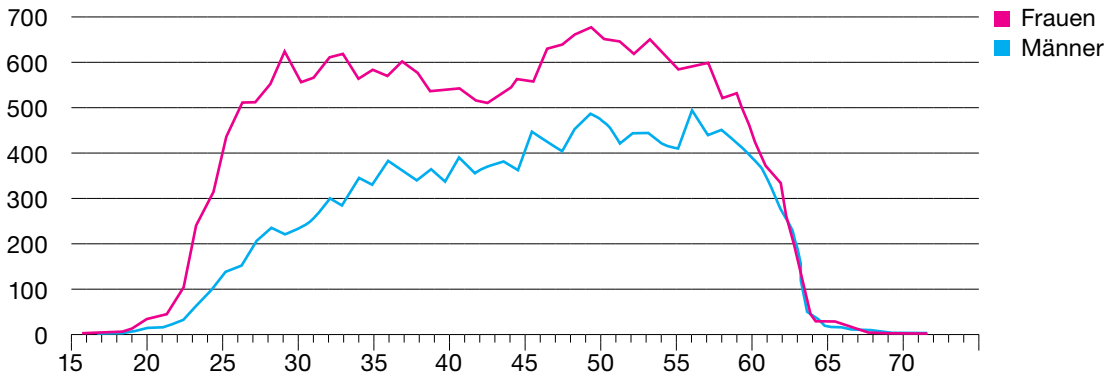
³ Teilzeit = Beschäftigungsgrad $<$ 90%

⁴ Mit unterstellten Auszubildenden (KV- und Informatik-Lernende)

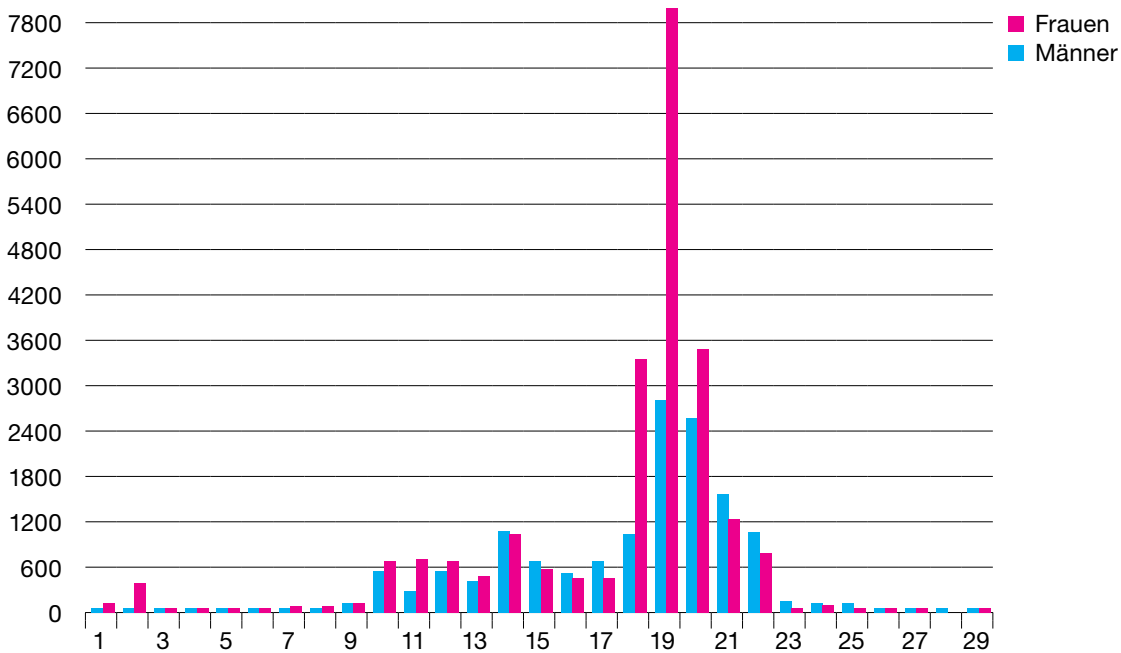
Anzahl Anstellungsverhältnisse Frauen und Männer nach Voll- und Teilzeit in Prozenten 2015

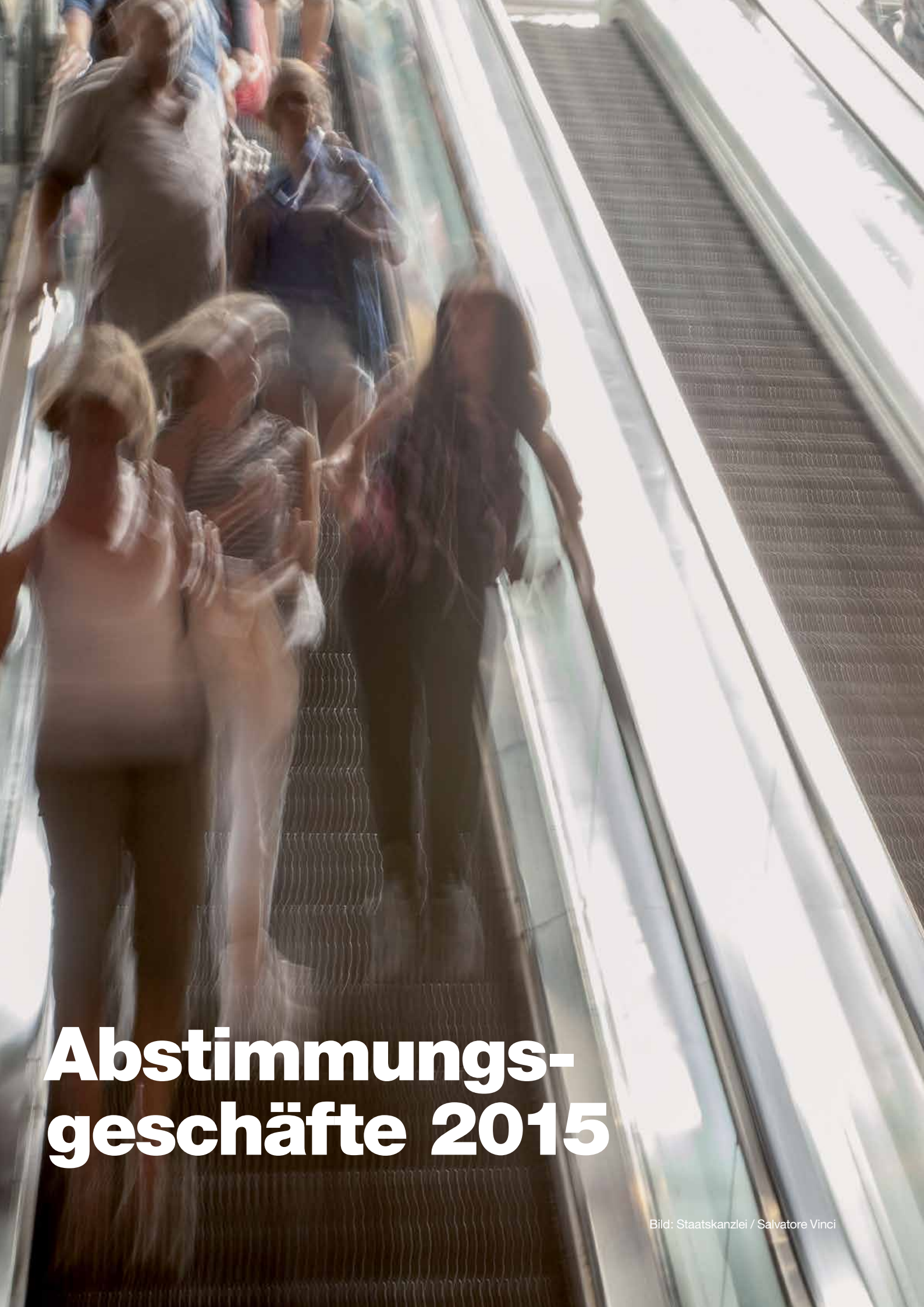


Altersaufbau 2015 (Anzahl Anstellungsverhältnisse Frauen und Männer nach Alter)



Anzahl Anstellungsverhältnisse Frauen und Männer nach Lohnklassen 2015





Abstimmungs- geschäfte 2015

Abstimmungsgeschäfte

Abstimmungs- datum	Abstimmungsgeschäfte	Kantonales Ergebnis		Stimm- beteiligung %	Eidgenössisches Ergebnis	
		Ja	Nein		Ja	Nein
8. März	Eidgenössische Volksabstimmungen					
	Volksinitiative vom 5. November 2012 «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen» (BBI 2014, 7221)	74 963	292 122	41.4	537 795	1 650 109
	Volksinitiative vom 17. Dezember 2012 «Energie- statt Mehrwertsteuer» (BBI 2014, 7217)	39 793	326 621	41.3	175 405	2 010 326
	Kantonale Volksabstimmungen					
	keine Vorlagen					
14. Juni	Eidgenössische Volksabstimmungen					
	Bundesbeschluss vom 12. Dezember 2014 über die Änderung der Verfassungsbestimmung zur Fortpflanzungsmedizin und Gentechnologie im Humanbereich (BBI 2014, 9675)	252 811	137 504	44.8	1 377 613	846 865
	Volksinitiative vom 20. Januar 2012 «Stipendieninitiative» (BBI 2014, 9681)	104 096	286 783	44.7	610 284	1 611 911
	Volksinitiative vom 15. Februar 2013 «Millionen-Erbenschaften besteuern für unsere AHV (Erbchaftssteuerreform)» (BBI 2014, 9677)	132 700	270 043	45.3	657 851	1 613 982
	Änderung vom 26. September 2014 des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen (RTVG; BBI 2014, 7345)	191 182	207 684	45.1	1 128 522	1 124 873
	Kantonale Volksabstimmungen					
	Verfassung des Kantons Zürich (Änderung vom 8. September 2014; obligatorisches Referendum für Gebühren) (ABI 2014-09-19)	137 606	201 201	41.5		
	Gemeindegesezt (GG) (Änderung vom 8. September 2014; Gebührenkatalog) (ABI 2014-09-19)	120 109	216 352	41.5		
	Kantonale Volksinitiative: Keine Härtefallkommission für abgewiesene Asylsuchende und Personen mit ungeregeltem Aufenthaltsstatus (ABI 2013-01-18)	115 207	247 588	42.6		
22. November	Eidgenössische Volksabstimmungen					
	keine Vorlagen					
	Kantonale Volksabstimmungen					
	Beschluss des Kantonsrates über die Bewilligung von Staatsbeiträgen für den Bau der Limmattalbahn sowie für ergänzende Massnahmen am Strassennetz (vom 30. März 2015) (ABI 2015-04-02)	219 738	121 199	39.7		

